

China:

Billigexporte schüren Menschenrechtsverletzungen



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ulrich Delius

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Michaela Böttcher, Melina Müller

Titelfoto: bushton3 via iStock

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juni
2016**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Preiswerter Rohstofflieferant Tibet	6
3. Bergbau schürt Menschenrechtsverletzungen.....	7
4. Unterdrückung von Protesten der Uiguren	8
5. Chinas Werben mit der Seidenstraße.....	10
6. Aufbau einer Textilindustrie zur Grenzbefestigung.....	10
7. Chinas Smog-Export nach Ostturkestan	11
8. Mongolen protestieren gegen die Zerstörung der Umwelt.....	12
9. China beansprucht Status als „Marktwirtschaft“	13
10. Neuer Status Chinas würde Sanktionen erschweren	14
11. Klares Signal von deutscher Industrie.....	15
12. Umstrittene Billigexporte	15
13. Hohe Kapazitäten in Xinjiangs Stahlindustrie	17
14. Xinjiangs wachsende Bedeutung in Chinas Aluminium-Produktion.....	17
15. Industrialisierung in Xinjiang	19
16. Umstrittener Ausbau der Textilindustrie.....	20
17. Die vielschichtige Rolle des XPCC	22
18. Arbeitsplätze für Uiguren sollen Antiterror-Kampf stärken	23
19. Kritik unerwünscht	24
20. Smog-Export nach Xinjiang	25
21. Kashgar: Vom kulturellen Zentrum der Uiguren zur Smog-Stadt.....	27
22. Umweltschützer kritisieren Bergbau und Industrialisierung in Xinjiang ..	29
23. Industrialisierung schürt Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan .	30
24. Industrie-Ausbau in der Inneren Mongolei dank preiswerter Energie	31
25. Aluminium-Werk zerstört Lebensgrundlage von Nomaden	32
26. „Seltene Erden“ werden zum Fluch in der Inneren Mongolei.....	35
27. Anhaltende Proteste und Verhaftungen von Mongolen	37
28. Bergbau-Konflikte eskalieren in Tibet	38
29. Tibeter protestieren gegen Bergbau – Eine Chronologie.....	40

1. Einleitung

Tibeter, Uiguren und Mongolen beklagen seit Jahrzehnten schwerste Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China. Im westlichen Ausland werden vor allem Verletzungen ihrer kulturellen Rechte, ihrer Meinungsäußerungsfreiheit und der Freiheit zur Ausübung ihres Glaubens wahrgenommen und kritisiert.

Doch Chinas Aufstieg zur Welthandelsmacht wäre ohne den Zugriff auf billige Ressourcen in Tibet, Ostturkestan/Xinjiang und der Inneren Mongolei nicht möglich gewesen. Denn alle drei Regionen verfügen über eine Vielfalt von mehr als 130 Rohstoffen. Viele dieser Ressourcen sind weltweit begehrt, wie die „Seltene Erden“ aus der Inneren Mongolei oder Lithium, Molybdän, Kupfer und Gold aus Tibet. Doch vor allem die preiswerte Energie (Kohle, Erdöl, Erdgas, Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie) sowie die laxen Auslegung von Umweltvorschriften und die staatliche Förderung der wirtschaftlichen Erschließung dieser Nationalitäten-Regionen treiben die Verlagerung immer neuer Kernbereiche der produzierenden Wirtschaft Chinas nach Ostturkestan/Xinjiang und in die Innere Mongolei voran.



Chinas Billigexporte von Stahl, Aluminium und Textilien schüren Menschenrechtsverletzungen an Tibetern, Uiguren und Mongolen. Ohne preiswerte Rohstoffe und insbesondere billige Energie aus Tibet, Xinjiang/Ostturkestan und der Inneren Mongolei wäre das Ausmaß der Billigexporte in den drei Branchen deutlich

geringer. Mit staatlichen Hilfen und Subventionen werden in diesen Nationalitäten-Regionen immer neue Überkapazitäten in der Industrie geschaffen.

Der Preis, den Uiguren, Tibeter und Mongolen für Chinas Handels-Dumping zahlen müssen, ist hoch. Flüsse, Böden und Luft werden massiv verschmutzt, ihr Land wird geraubt, ihre Bodenschätze geplündert und die Lebensgrundlage der Nomaden unter den Betroffenen wird zerstört. Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung über die „Entwicklung“ ihrer Region gibt es nicht. Uiguren, Tibeter und Mongolen werden zu Schachfiguren in Chinas Handelskrieg: Wer protestiert, wird festgenommen, gefoltert und gewaltsam zum Schweigen gebracht. Und trotzdem gibt es immer größeren Widerstand der Nationalitäten gegen die schweren Verletzungen ihrer Menschenrechte.

Mit neuen Industrie-Unternehmen in Unruheregionen schafft Chinas Regierung Fakten: Uiguren, Tibeter und Mongolen werden noch wirksamer ausgegrenzt und zur Minderheit in ihrer eigenen Heimat gemacht. Denn mit dem Aufbau neuer Industrien kommen hunderttausende Han-Chinesen als Migranten und verändern die Bevölkerungsstruktur. Und zu guter Letzt wird China mit der Verlagerung besonders dreckiger und giftiger Industriebetriebe in den Westen des Landes auch noch ein Umweltproblem los. Denn man exportiert den Smog von Peking nach Kashgar und Urumtschi, den Metropolen der Uiguren, die noch nie eine so große Umweltverschmutzung erlebt haben wie heute.

2. Preiswerter Rohstofflieferant Tibet

Tibet liefert vor allem Rohstoffe für die Wirtschaftsexpansion, während in den beiden anderen Nationalitätenregionen neben dem Abbau von Bodenschätzen auch die Industrieproduktion massiv verstärkt wurde. Heute arbeiten diese neuen Industriebetriebe bereits sehr viel effizienter als viele Unternehmen im stärker industrialisierten Osten der Volksrepublik. Dank preiswerter Energie und Rohstoffe sowie staatlicher Förderung bieten auch diese neuen Unternehmen immer mehr Produkte auf dem Weltmarkt an, da sie in China aufgrund der Wirtschaftskrise keinen Absatz finden. Diese Produkte wie Stahl, Aluminium und Textilien verstärken das weltweite Überangebot. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland und anderen Industriestaaten fürchten diese umstrittenen Billigexporte, weil sie dank staatlicher Unterstützung zu nicht realen Weltmarktpreisen hergestellt wurden und die heimische Industrie nicht mehr konkurrenzfähig ist. Während diese Billigexporte in Deutschland und anderen Industriestaaten die Angst davor wecken, dass Arbeitsplätze im eigenen Land gestrichen werden könnten, schüren sie in Tibet, Ostturkestan/Xinjiang und der Inneren Mongolei neue Menschenrechtsverletzungen.



Zwar wurde aufgrund der Wirtschaftskrise in China und dem weltweiten Überangebot an Stahl und Aluminium auch die Produktion dieser Güter in Xinjiang und der Inneren Mongolei in den vergangenen Jahren gedrosselt. Doch an der grundsätzlichen Neuausrichtung der Stahl- und Aluminium-Industrie und an deren massivem Ausbau in beiden autonomen Regionen wird weiter festgehalten. So werden trotz Krise neue Produktionseinheiten in Betrieb genommen, die noch größere Kapazitäten besitzen. Von den massiven sozialen Folgen der Krise ist Xinjiang besonders betroffen, da dort die meisten Stellen aufgrund des Produktionseinbruchs gestrichen wurden. Davon sind vor allem zugewanderte Han-Chinesen betroffen, die den größten Teil der Arbeitnehmer in der Industrie stellen. Ohnehin sind Stahlwerke und Aluminium-Hütten kapitalintensive und hochtechnisierte Industrien, in denen nur wenige neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

3. Bergbau schürt Menschenrechtsverletzungen

In Tibet nehmen die Proteste der lokalen Bevölkerung gegen neue Bergwerke zu. Die Behörden reagieren darauf mit Repressionen. So werden Tibeter verhaftet und wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen gegen Rohstoffabbau in unfairen Gerichtsverfahren zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere Tibeter verbrennen sich selbst

öffentlich aus Protest gegen die Zerstörung ihrer Umwelt und Lebensbedingungen. Konflikte um Bergbauprojekte führen heute in Tibet zu mehr Protesten und Verhaftungen als die Verweigerung der Glaubensfreiheit. Rücksichtslos werden von Bergbaufirmen heilige Stätten der Tibeterinnen und Tibeter für den Bodenschatzabbau zerstört. Nomaden werden zwangsweise fest angesiedelt und ihrer Weiden, Herden sowie ihrer Lebensgrundlage beraubt, um neues Land für den Bau von Eisenbahnen, Straßen, Siedlungen und Bergwerken zu gewinnen. Die Verschmutzung von Flüssen durch verseuchten Abraum, die Zerstörung der Umwelt durch den Tagebau gefährdet nachhaltig das sensible ökologische Gleichgewicht auf dem Dach der Welt. Langfristig wird dies auch negative Folgen für die Wasserversorgung von mehr als zwei Milliarden Menschen in Südost- und Ostasien haben, denn die bedeutendsten Flüsse der Region entspringen auf dem tibetischen Hochland. Dieses Wasser sichert Millionen Bauern und Fischern entlang dieser Flüsse bislang das Überleben.

Noch gewaltiger ist der Einschnitt für die tibetische Kultur, Gesellschaft und Identität. Mit dem Bau immer neuer Eisenbahnstrecken und Dörfer für neue chinesische Siedler kommen immer mehr Han-Chinesen und verändern ganz nach dem Willen der chinesischen Regierung die Siedlungsstruktur Tibets. So werden die Tibeter immer mehr zur Minderheit im eigenen Land. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden von eingewanderten Han-Chinesen bestimmt und gelenkt. Für den Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeterinnen und Tibeter, wird damit eine Schreckensvision Wirklichkeit. Es entsteht ein chinesisches Tibet, das seine traditionellen Konturen und Werte verliert und das von starker Hand zu einer beliebigen chinesischen Provinz umgeformt wird. Für das alte Tibet Heinrich Harrers würde dies das endgültige Aus bedeuten: Eine Jahrtausende alte Kultur und Gesellschaft würden untergehen.

4. Unterdrückung von Protesten der Uiguren

Noch dramatischer ist die Lage der Uiguren in der benachbarten Autonomen Region Xinjiang/Ostturkestan. Die Sicherheitslage ist dort so angespannt, dass Uiguren noch nicht einmal gegen den Raubbau an ihrem Land und ihrer Kultur öffentlich protestieren können. Auch die Nutzung von Mobiltelefonen und dem Internet unterliegt dort besonders starker Kontrollen. Wer im Internet oder in sozialen Medien Kritik an der Regierungspolitik äußert, riskiert eine Anklage wegen Terrorismus oder Separatismus und jahrelange Haft. In keiner Region Chinas werden so viele Menschen wegen angeblich staatsgefährdendem Verhalten angeklagt und verurteilt. Muslimische Uiguren stehen in den Augen chinesischer Sicherheitskräfte unter einem Generalverdacht des „Terrorismus“. In chinesischen Gesetzen verbrieft Rechte öffentlich einzufordern ist in Ostturkestan/Xinjiang lebensgefährlich.



Wer trotzdem Kritik übt, geht ein hohes Risiko ein. So wurde der Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti in einem unfairen Gerichtsverfahren im September 2014 wegen angeblichem „Separatismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er es gewagt hatte, die chinesische Politik und die Ausgrenzung von Uiguren öffentlich zu kritisieren.

Die Uiguren haben viele Gründe, gegen ihre Marginalisierung und Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben zu protestieren. Denn ihre Region, die fünfmal größer als Deutschland ist, wird von der Regierung in Peking nicht nur als billiger Lieferant von Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Sonnenenergie sowie von vielen Rohstoffen angesehen. Die Region hat auch eine immer größere Bedeutung für Chinas Wirtschaft als Transitzone für dringend benötigtes Erdöl und Erdgas aus den zentralasiatischen Nachbarstaaten sowie für den Handel mit Europa und Zentralasien im Rahmen der von China vehement betriebenen *Seidenstraßen-Initiative*.



[<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>], via Wikimedia Commons

Mit ihr soll nicht nur der Handel und Absatz chinesischer Produkte auf neuen Märkten vorangetrieben werden, sondern man will so auch die Nachbarstaaten stärker in Kooperationen einbinden und kontrollieren. Schon rollen die ersten Container-Züge nach Duisburg und Rotterdam, um Alternativen zum langen und durch Piraten gefährdeten Seehandel zu entwickeln.

5. Chinas Werben mit der Seidenstraße

Doch der Name *Seidenstraßen-Initiative* ist trügerisch. Denn die Uiguren, die traditionellen indigenen Bewohner dieser Region, die mehr mit Turkvölkern Zentralasiens als mit Chinesen verbindet, sind nur Zuschauer bei diesem Wirtschaftsboom. Sie müssen hilflos zuschauen, wie die Bodenschätze ihrer Region systematisch ausgebeutet, abtransportiert oder vor Ort von chinesischen Arbeitern verarbeitet werden, um den Profit führender chinesischer Unternehmen zu steigern. Systematisch hat China in den letzten drei Jahren den Ausbau modernster Stahlwerke und Aluminium-Hütten in Xinjiang/Ostturkestan vorangetrieben, um von billiger Energie zu profitieren und noch günstiger zu produzieren. Dank modernster Technik und der schier Größe der Anlagen können diese Werke zu noch günstigeren Preisen und in größeren Mengen produzieren. Damit wächst aber auch der Druck auf den Weltmarkt, der diese Überproduktion angesichts geringer Binnen-Nachfrage aufnehmen soll. Ein Teufelskreis entsteht, dessen Verlierer schon heute feststeht: Es sind die Uiguren, sie müssen mitansehen, wie ihr Land geplündert, ihre Umwelt immer mehr belastet wird und sie selbst dabei zu einer Statisten-Rolle verdammt sind.

6. Aufbau einer Textilindustrie zur Grenzbefestigung

Mit viel finanziellem Einsatz wird von Chinas Regierung auch der Aufbau einer Textilindustrie in Ostturkestan/Xinjiang gefördert. Schon seit Jahren ist die Region der größte Baumwollproduzent des Landes. Da sich die Baumwolle auf dem Weltmarkt wegen eines Überangebots nicht profitabel verkaufen lässt, will man nun die Weiterverarbeitung vor Ort fördern. Damit sollen Arbeitsplätze auch für Uiguren geschaffen werden, die bislang im Arbeitsleben gegenüber eingewanderten Han-Chinesen benachteiligt werden. So haben Han-Chinesen in der Industrie, im Handel und im Dienstleistungsbereich die meisten Arbeitsplätze inne.

Der Ausbau der Textilindustrie wird über das *Xinjiang Production and Construction Corps (XPCC)* forciert, das den Großteil der Baumwollfelder kontrolliert. Das XPCC besteht aus früheren chinesischen Soldaten, die zur Sicherung der Staatsgrenzen in die Region gesandt wurden und nach ihrer aktiven Zeit als Soldaten zu Grenzsiedlern wurden. Das

XGCC ist ein Staat im Staate mit 4.000 Unternehmen und eigener Gerichtsbarkeit. Sein Motto ist, dass Xinjiang chinesisches Territorium immer war und auch bleiben wird. Seine Milizionäre werden regelmäßig eingesetzt, um flüchtige Uiguren aufzuspüren oder Unruhen unter der lokalen Bevölkerung niederzuschlagen.

Dass das unter Uiguren verhasste XGCC den Industriebau vorantreiben soll, macht deutlich, wie unterschiedlich die Interessen der chinesischen Machthaber und ihrer Lokalregierung sowie der Uiguren sind. Chinas Politiker versprechen sich von diesen Investitionen mehr Ruhe und Stabilität in der Region. Sie setzen darauf, dass mehr Arbeitsplätze und ein besseres wirtschaftliches Auskommen die Unzufriedenheit und Unruhe unter den Uiguren vermindern werden. Doch Uiguren bestehen auf der Umsetzung der ihnen in Gesetzen zugesicherten Rechte, wollen nicht länger als Bürger zweiter Klasse oder pauschal als mutmaßliche Terroristen behandelt werden. Sie wollen selbst über kulturelle und gesellschaftliche Fragen sowie über ihr Konzept von „Entwicklung“ entscheiden.

7. Chinas Smog-Export nach Ostturkestan



Die Uiguren fürchten, dass der Wirtschaftsausbau ihre Marginalisierung nur noch vergrößern wird. Denn mit jedem neuen Industriebetrieb und jeder neuen Eisenbahnlinie kommen mehr chinesische Siedler nach Ostturkestan/Xinjiang und ändern langfristig die

demographische Struktur der Region. Schon sind die Uiguren heute in der Minderzahl, obwohl 1947 nur zwei Prozent der Bewohner der Region Han-Chinesen waren.

Doch es kommen nicht nur neue Siedler, sondern Ostturkestan verändert sich massiv durch die Industrialisierung. Angesichts wachsender Umweltproteste im Osten Chinas, ist gerade die Stahl- und Aluminiumindustrie sehr an einer Verlagerung ihrer Produktion in Regionen interessiert, in der Umweltvorschriften weniger strikt überprüft werden und öffentliche Proteste aufgrund eines großen Sicherheitsapparats nicht zu erwarten sind. Auch ist die Aluminium- und Stahlproduktion besonders auf preiswerte Energie angewiesen.

Ostturkestan/Xinjiang zahlt dafür einen hohen Preis: Denn innerhalb weniger Jahre hat die Luftqualität angesichts hoher Emissionen massiv abgenommen und heute sind es uigurische Städte wie Kashgar, die die schlechteste Luftqualität in China haben. Chinas industrielle Ballungsräume im Osten des Landes haben ihren Smog nach Ostturkestan/Xinjiang exportiert. Ein verseuchtes Geschenk für die Uiguren, das nicht zum Abbau der Spannungen mit den Han-Chinesen beitragen wird.

8. Mongolen protestieren gegen die Zerstörung der Umwelt

Auch in der Inneren Mongolei setzt China auf den wirtschaftlichen Umbau. Die an Kohle reiche Region wird neben Ostturkestan/Xinjiang als weiterer Schwerpunkt der Stahl- und Aluminiumproduktion im Westen der Volksrepublik ausgebaut. Systematisch werden neue modernere Industriebetriebe angesiedelt, um von der preiswerten Energie zu profitieren. Die Region verfügt über die größten Kohlevorkommen der Volksrepublik. Auch ist die Innere Mongolei einer der Weltmarktführer beim Abbau der in der Industrie sehr begehrten „Seltene Erden“.

Die Kohle-Bergwerke und der verseuchte Abraum beim Abbau von „Seltene Erden“ lösen massive ökologische Probleme aus. Die Luft ist mit Schadstoffen belastet, Wasser und Böden sind verseucht, Mongolen protestieren immer wieder öffentlich gegen die Zerstörung ihres Landes. Außerdem demonstrieren mongolische Nomaden gegen ihr Zwangsansiedlung und die Zerstörung ihrer Identität und Lebensgrundlage. Hirten berichten, dass ihre Schafe in der Nähe der neuen Aluminium-Hütten oder Kohle-Bergwerke krank werden. Auch bestimmen Landkonflikte ihren Kampf ums Überleben. Mehr als 200.000 mongolische Nomaden wurden seit dem Jahr 2001 von den Behörden zwangsweise umgesiedelt. Die Hirten sehen sich als Opfer des Landhungers von Bergbau-Unternehmen und Stahl- sowie Aluminium-Industrie.

Chinesische Sicherheitskräfte gehen mit aller Härte gegen demonstrierende Nomaden vor. Als im Jahr 2011 eine Protestbewegung entstand, verhängten die Behörden das Kriegsrecht, sperrten den Internetzugang und schlossen kritische Internetseiten. Gegen die Wortführer des Protests ging man mit willkürlichen Verhaftungen vor. Auch heute noch werden immer wieder Mongolen festgenommen, weil sie die katastrophalen Folgen der Rohstoff-Förderung und der Industrialisierung für ihr Leben anprangern. So wurden im April/Mai 2016 mindestens sechs Mongolen festgenommen, weil sie öffentlich gegen die Zerstörung der Umwelt protestiert hatten. Zwei Monate nach ihrer Festnahme befinden sie sich noch immer im Polizeigewahrsam.

9. China beansprucht Status als „Marktwirtschaft“

Im Streit um die Einstufung der Volksrepublik als „Marktwirtschaft“ hat die Regierung Chinas die Europäische Union (EU) im Juni 2016 vor einem Handelsstreit gewarnt. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen könnten leiden, wenn sich die EU weiterhin weigere, China als „Marktwirtschaft“ anzuerkennen (Xinhua, 7.6.2016). „Das schlimmste Szenario könnte ein ausgewachsener Handelskrieg sein“, meint ein Kommentator der staatlichen chinesischen Nachrichtenagentur. Unverhohlen wird von Chinas Regierung seit Wochen mit Problemen für Europas Auto-Konzerne gedroht, die bislang noch ausgezeichnete Geschäfte in der Volksrepublik machen, sollte der Status als „Marktwirtschaft“ nicht gewährt werden.

Chinas Regierung besteht darauf, dass ihrem Land dieser Status fristgerecht bis zum 12. Dezember 2016 eingeräumt wird. Dann läuft die Übergangsfrist ab, die China bei der Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 akzeptieren musste. Man habe der Volksrepublik den Status versprochen und müsse sich nun auch an sein Versprechen halten, argumentiert Peking. Doch die Realität ist sehr viel komplexer als das Regelwerk der WTO, das in Artikel 15 des Beitrittsvertrages eine 15 jährige Übergangsfrist für die Anerkennung als „Marktwirtschaft“ vorsieht.

Industrie, Gewerkschafter und zahlreiche Experten warnen jedoch vor jedem Automatismus bei dieser schwierigen Entscheidung. Denn China verhalte sich weder im eigenen Land noch auf dem Weltmarkt wie eine Marktwirtschaft. Staatliche Subventionen und andere Förder-Maßnahmen für heimische Unternehmen sowie Diskriminierungen ausländischer Firmen verzerrten den Wettbewerb. Mit Kampfpreisen unter dem Produktionswert biete man seine Überproduktion auf dem Weltmarkt an. Mitbewerber aus Europa oder anderen Industriestaaten wären in diesem ruinösen und unfairen Wettbewerb chancenlos, erklären die Kritiker. China halte sich nicht an die

Spielregeln im Welthandel und lasse anderen Konkurrenten keine faire Chance, in diesem ungleichen Kampf zu bestehen.

China sei keine Marktwirtschaft, erklärt auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Gianni Pittella. Der unlautere Wettbewerb durch chinesische Billig-Importe gefährde die gesamte europäische Industrie und damit Millionen Arbeitsplätze. Im Europaparlament haben Vertreter aller maßgeblichen Fraktionen vor einer Einstufung Chinas als Marktwirtschaft gewarnt, weil Chinas Wirtschaftsleben nicht auf der Basis von Angebot und Nachfrage funktioniere (deutsche-wirtschafts-nachrichten.de, 11.5.2016). Mit einer überwältigenden Mehrheit von 546 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 77 Enthaltungen sprach sich das Europaparlament am 12. Mai 2016 für eine Resolution aus, in der unter anderem gefordert wird, China nicht als „Marktwirtschaft“ anzuerkennen. Doch diese Resolution hat keine bindende Wirkung für die EU-Kommission, den Rat oder für die einzelnen Mitgliedstaaten.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht gibt es viele Anzeichen dafür, dass China noch keine Marktwirtschaft ist:

- Chinesische Staatsunternehmen werden bevorzugt behandelt,
- Der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft ist noch immer sehr groß,
- Es gibt kein unabhängiges Rechtssystem,
- Chinas Finanzsektor ist nicht unabhängig und kann sich gegen staatliche Eingriffe nicht wehren,
- Ausländische Unternehmen werden benachteiligt,
- China kommt seinen mit Eintritt in die WTO eingegangenen Verpflichtungen nicht nach,
- Der Markt bestimmt nicht die Verteilung der Ressourcen.

Auch Deutschlands Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel rät von einer Anerkennung Chinas als „Marktwirtschaft“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab: „China kann den Status einer Marktwirtschaft erst bekommen, wenn es sich auch so verhält“, erklärte der Minister (Spiegel, 4.6.2016).

10. Neuer Status Chinas würde Sanktionen erschweren

Sollte China den Status als „Marktwirtschaft“ bekommen, dann wird es für die EU sehr viel schwieriger, sich künftig mit Anti-Dumping-Zöllen gegen Billigexporte und unfairen Wettbewerb zu wehren. Denn ein solcher Status erschwert jede zukünftige wirtschaftliche Sanktion gegen die Volksrepublik, auch wenn sich der Staat unfair im Welthandel verhält. China muss dann als ebenbürtiger Handelspartner angesehen

werden, der grundsätzlich nicht benachteiligt und von Märkten ausgeschlossen werden darf.

Eine Einstufung als „Marktwirtschaft“ würde China vor teuren Anti-Dumping-Klagen schützen. Handelsrechtlich würde die Volksrepublik aufgewertet und Handelspartner wie die EU geschwächt. Anti-Dumping-Verfahren wären nur noch unter sehr eingeschränkten Bedingungen möglich. Denn nach WTO-Regeln können nämlich gegen Staaten, die nicht als „Marktwirtschaft“ anerkannt sind, sehr viel einfacher Sanktionen und Strafzölle verhängt werden. Mit solchen Maßnahmen reagieren Staaten, wenn ausländische Unternehmen mit aggressiven und unfairen Dumping-Preisen Marktanteile erobern oder zu viel produzierte Güter verkaufen wollen. Bei Produkten aus China ist dies oft der Fall.

11. Klares Signal von deutscher Industrie

Die Stahlbranche warnt seit Monaten mit Großdemonstrationen, auf denen Manager einmütig neben Gewerkschaftern stehen, vor einem Marktwirtschafts-Status für die Volksrepublik. Denn europäische Unternehmen wären dann quasi schutzlos Billigimporten aus China ausgesetzt.

Eine aktuelle Umfrage der Wirtschaftsvereinigung Metalle unter 134 Unternehmen aus 13 Branchen brachte ein eindeutiges Stimmungsbild. 93 Prozent der befragten Unternehmen sprachen sich dagegen aus, China den Status einer „Marktwirtschaft“ zuzuerkennen. Nur fünf Prozent stimmten für eine solche Initiative (Handelsblatt, 25.5.2016).

12. Umstrittene Billigexporte

Chinas Billigexporte an Stahl, Aluminium und Textilien alarmieren nicht nur Unternehmen und Politiker in Europa. So zeigte sich auch der langjährige Präsident der Europäischen Handelskammer in Peking, Jörg Wuttke, jüngst sehr besorgt: „Chinas Staatsbetriebe sitzen auf riesigen Überkapazitäten. Überproduktionen sind an sich kein neues Phänomen in Chinas Wirtschaft. Doch nun haben sie beängstigende Ausmaße angenommen. Nein. China kann die Welt nicht mit Überkapazitäten beglücken. Erstens wollen die anderen Länder das nicht, und zweitens ist die Nachfrage schlichtweg zu klein im Verhältnis zur Überkapazität in China. Das Land sitzt gegenwärtig auf 350 Millionen Tonnen Überkapazität im Stahlbereich: Das ist mehr als Europa, Japan und die USA zusammen produzieren“, erklärte Wuttke Ende April 2016 in einem Interview mit Schweizer Wirtschaftsjournalisten (www.fuw.ch, 26.4.2016).

Der ausgewiesene Kenner der chinesischen Wirtschaft weist vor allem auf die problematische Rolle der Lokalregierungen hin. Die Zentralregierung formuliere Wachstumsziele, die die Lokalregierungen mit der Ansiedlung immer neuer Staatsbetriebe erfüllen und übertreffen wollen, erklärt Wuttke. Überall dort, wo die Regierung nicht beteiligt sei, gebe es auch keine Überkapazitäten, da private Unternehmen sich diesen ruinösen Wettbewerb nicht leisten könnten.



China strebt gemäß dem 13. Fünf-Jahresplan (2016-2020) ein recht hohes Wirtschaftswachstum von durchschnittlich sieben Prozent und eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts und des Pro-Kopf-Einkommens zwischen 2010 und 2020 an (Auslandshandelskammer China, 23.3.2016). Restriktivere Umweltauflagen sollen zu einer deutlichen Senkung der Schadstoffemissionen führen.

Die Stahlimporte aus China in die Europäische Union (EU) haben von 2012 bis 2015 um 130 Prozent von 2,6 Millionen Tonnen auf sechs Millionen Tonnen zugenommen (Wirtschaftsvereinigung Stahl, 9.10.2015). Trotz Fabrik-Schließungen in der

Volksrepublik steigt die Überkapazität in China immer weiter an. So sollen nach Informationen der Wirtschaftsvereinigung Stahl im Jahr 2015 dort 381 Millionen Tonnen Stahl zu viel produziert worden sein, die von den traditionellen Märkten nicht aufgenommen werden konnten.

13. Hohe Kapazitäten in Xinjiangs Stahlindustrie

Kapazitäten zur Herstellung von mehr als zehn Millionen Tonnen Stahl sollen nach offiziellen chinesischen Angaben seit dem Jahr 2010 in Xinjiang/Ostturkestan stillgelegt worden sein, um die Überproduktion zu verringern (China Economic Review, 4.3.2016). Xinjiangs Regionalregierung hatte geplant, bis zum Jahr 2015 die Rohstahlproduktion zu verdreifachen und 32 Millionen Tonnen Rohstahl herzustellen (Reuters, 2.3.2016). Es wird davon ausgegangen, dass vor den letzten Unternehmens-Schließungen die jährliche Stahlproduktion in Xinjiang/Ostturkestan 40 Millionen Tonnen erreichte. Zwar bekräftigt die Regionalregierung, dass keine neuen Stahlwerke in Xinjiang/Ostturkestan genehmigt und ihren Betrieb aufnehmen würden (Xinhua, 29.10.2015). Doch trotz dieser Stilllegungen modernisieren andere Unternehmen in der Stahlbranche Xinjiangs weiterhin ihre Werke. So ließ sich die Bayi Iron & Steel Ltd., ein Tochter-Unternehmen des Marktführers Shanghai Baosteel Group Corporation, noch in den Jahren 2014/2015 in ihren Werken in Xinjiang/Ostturkestan vom Siemens-Konzern zwei Corex-Anlagen einbauen, mit der preiswerte Kohle aus lokaler Förderung als Energieträger genutzt werden kann (Siemens, Linz, Presseerklärung, 15.11.2012).

Xinjiangs Stahlindustrie gilt in den Augen chinesischer Experten als profitabel. So weist der Präsident der Handelskammer von Xinjiangs metallverarbeitender Industrie, Wang Junhua, darauf hin, dass die vergleichsweise geringen lokalen Standortkosten zur Folge haben, dass Xinjiangs Stahlindustrie profitabler arbeitet als Betriebe in anderen Landesteilen (China Coal Resource / www.en.sxcoal.com, 5.8.2010).

14. Xinjiangs wachsende Bedeutung in Chinas Aluminium-Produktion

Die Volksrepublik ist heute weltweit der größte Aluminium-Produzent und -Verbraucher. Mehr als die Hälfte der Aluminium-Hütten in der Volksrepublik befinden sich in den Händen von Lokalregierungen, die die Produktion mit großzügigen Subventionen fördern. Auch bekommen sie ganz besonders günstige Energiepreise (lcbackerblog.blogspot.com/2011, 26.12.2011). Der Aufwand für Energie macht rund 40 Prozent der Kosten für die Aluminium-Herstellung aus (Primary Aluminium News, www.alcircle.com, 18.9.2013). China hat den Ausbau des Kohlebergbaus in Xinjiang/Ostturkestan gezielt gefördert, um die Region für eine umfassende Industrialisierung attraktiver zu machen (Bloomberg, 14.8.2015 / www.crugroup.com, 9.7.2015). Gezielt wurden in dem Zusammenhang auch besonders Energie-intensive Industriebranchen angesprochen, in Xinjiang und der Inneren Mongolei zu investieren (Financial Times, 2.2.2015). Doch es gibt auch Kritik von chinesischen

Wirtschaftsexperten an dieser Politik. So wenden Analysten der zur Aluminium-Produktion arbeitenden Beratungsfirma AZ China ein, der Ausbau der Aluminium-Produktion in Xinjiang sei nur bedingt sinnvoll, da das meiste Aluminium später im Südosten des Landes in den Provinzen Guangxi und Guandong weiterverarbeitet werde, so dass sehr weite Transportwege entstehen würden (Aluminium China, 26.10.2012).

Der Erschließung neuer Kohlevorkommen wird in Xinjiang/Ostturkestan absoluter Vorrang vor dem Schutz von Umwelt und Luftqualität gegeben. Unterirdische Feuer in den Kohle-Stollen toben zum Teil seit Jahrzehnten, einer der Brände brach bereits vor 130 Jahren aus. Chinas Kohle-Feuer zerstören jedes Jahr Millionen Tonnen des Rohstoffs.



In einem offiziellen Bericht aus dem Jahr 2006 werden die jährlichen Schäden und Umsatzeinbußen aufgrund von Kohle-Bränden in China mit 157 Millionen Euro beziffert (www.chinadialogue.net, 19.8.2013). Kohle-Feuer können sich selbst entzünden, doch in drei Vierteln aller Fälle brechen sie aufgrund des Bergbaus aus, wenn Sauerstoff in größeren Mengen auf tiefere Kohleschichten trifft. Xinhua berichtete im November 2007, allein in diesem Jahr seien bereits 34 Feuer in Kohleschächten gelöscht worden (Xinhua, 21.11.2007). Doch die Erfolgsnachrichten waren verfrüht, schon im darauffolgenden Jahr stellte sich heraus, dass die meisten Brände weiter loderten. Nur

eine Einschränkung der Kohle-Förderung würde einen wirksameren Kampf gegen die Feuer ermöglichen. Doch dazu sind Chinas Behörden nicht bereit.

Erst im März/April 2016 beschlossen die Behörden drei Großprojekte zur Umwandlung von Kohle in Erdgas in Xinjiang/Ostturkestan, der Inneren Mongolei und der Provinz Shanxi (Reuters, 20.5.2016). Mit ihnen sollen jährlich vier Milliarden Kubikmeter synthetisches Erdgas erzeugt werden. Umstritten sind die ökologischen Folgen dieser Projekte, in jedem Fall werden sie die Kohle-Förderung in Xinjiang und der Inneren Mongolei weiter steigern.

Ein deutliches Indiz für die enorme Industrialisierung Xinjiangs/Ostturkestans ist auch der hohe Verbrauch an Elektrizität in der Region. So stieg der Stromverbrauch im Jahr 2013 dort um 34,1 Prozent, mehr als in allen anderen Provinzen Chinas (China Strategic Research, www.gcis.com.cn, 26.4.2013). Aber auch die Nutzung von Windkraft und Solarenergie haben einen hohen Anteil an der Stromerzeugung im Nordwesten Chinas (Xinhua, 28.12.2015).

Angesichts der weltweiten Überproduktion wurde ab dem Jahr 2012 der geplante massive Ausbau der Aluminium-Produktion in Xinjiang/Ostturkestan gedrosselt. Statt einer jährlichen Steigerung von bis zu vier Millionen Tonnen wurden nur noch 1,4 Millionen Tonnen Steigerung erzielt (Reuters, 12.2.2014). Doch trotz dieser zeitweisen Drosselung des Baues neuer Aluminium-Hütten bauen Groß-Unternehmen ihre Aluminium-Produktion in Xinjiang/Ostturkestan aus. So erhöhte die Unternehmensgruppe Xinha ihre Aluminium-Produktionskapazität in der Region im Jahr 2014 um 69 Prozent (S&P Global, www.platts.com, 22.4.2014). Den Bau neuer Aluminium-Werke wollen die regionalen Behörden aus Umweltgesichtspunkten zunächst jedoch nicht genehmigen, erklärte das regionale Umweltministerium im Mai 2014 (www.metalbulletin.com, 21.5.2014).

15. Xinjiangs Wirtschaft gewinnt an Bedeutung

Ostturkestan galt lange Zeit in der Volksrepublik als Entwicklungsgebiet, benachteiligt durch seine enorme Größe (fünf Mal so groß wie Deutschland) und seine Abgelegenheit von bedeutenden Märkten und Transportwegen. Im Vergleich mit anderen Regionen und Provinzen überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten in der industriellen Entwicklung machen deutlich, dass der Ausbau der Industrialisierung schnell voranschreitet in Ostturkestan/Xinjiang.

Die Region entwickelt sich zur Drehscheibe internationaler Handels- und Rohstoffströme. Erdöl- und Erdgaspipelines zu den Ballungszentren und Wirtschaftsmetropolen im Osten des Landes sowie zu dem Erdöl- und Erdgas-reichen Nachbarland Kasachstan machen Xinjiang/Ostturkestan zu einem bedeutenden Umschlagszentrum für Rohstoffe und Energie. Dabei wird ein Großteil der Energie in der eigenen Region gefördert, für andere ist Xinjiang als Transitregion von größter Bedeutung. So plant China auch eine zwei Milliarden Euro teure Erdgaspipeline zum Hafen Gwadar (Belutschistan, Pakistan), in dem auch ein Flüssiggas-Terminal eingerichtet werden soll.

So bekommt auch der Außenhandel der Region immer größere Bedeutung. Vom Jahr 2011 bis 2015 stieg er um 41,5 Prozent an (China Daily, 2.2.2016), dabei überwiegt der Handel mit den zentralasiatischen Nachbarländern Kasachstan und Kirgisien sowie mit der Russischen Föderation. Die meisten der in Ostturkestan verarbeiteten Rohstoffe werden allerdings noch immer in den industriellen Ballungszentren im Osten Chinas weiterverarbeitet und später exportiert. Daher ist die wahre wirtschaftliche Bedeutung der Region nicht an den Exporten Xinjiangs zu messen. Sie ist deutlich größer und aus der Industrieproduktion der Volksrepublik kaum mehr wegzudenken.

16. Umstrittener Ausbau der Textilindustrie



Der weitere Ausbau der Textilindustrie ist der dritte Pfeiler der vom Staat betriebenen Industrialisierung Ostturkestans/Xinjiangs. Chinas Regierung kündigte am 18. Juli 2014 an, gemeinsam mit der Regionalregierung Xinjiangs 3,2 Milliarden Euro für die Förderung der Textil- und Bekleidungsindustrie Ostturkestans zur Verfügung zu stellen (www.clothesource.net, 1.2.2015). Die staatliche Landwirtschafts-Bank Chinas kündigte im August 2014 an, im Rahmen eines Fünf-Jahres-Plans weitere 16 Milliarden Euro für die Entwicklung der Region zur Verfügung zu stellen. Dabei sollen nach Informationen der Bank besonders Projekte im Bereich der Textilindustrie gefördert werden. So sollen spezielle Produktionsstandort für die Textilindustrie entwickelt und die Transport-Infrastruktur verbessert werden, um den Export der Produkte zu erleichtern. Die Regionalregierung wird darüber hinaus den Baumwollanbau und die Bereitstellung preiswerter Energie mit Subventionen fördern. Auch hat China angekündigt, im Rahmen eines Zehn-Jahres-Entwicklungsplans 420.000 Arbeitsstellen in Xinjiang zu schaffen. Die Produktion in Ostturkestan soll auf Güter im Wert von 14 Milliarden Euro gesteigert werden, bis zum Jahr 2023 verspricht man sogar eine Million neue Arbeitsplätze in der Textilindustrie in der Region und eine Steigerung des Produktionswertes um das Fünfzehnfache auf 212 Milliarden Euro (Yarnsand Fibers News, 20.2.2015).

Angesichts der Krise in der weltweiten Textilindustrie wurden diese hohen Erwartungen an die Schaffung neuer Arbeitsplätze inzwischen von den Behörden gedämpft. So erklärte die Regionalregierung Xinjiangs im Januar 2016, innerhalb der nächsten fünf Jahre würden 200.000 Arbeitsplätze in der Textilbranche in der Region geschaffen (Xinhua, 20.1.2016). Zwischen 2011 und 2016 seien in dieser Branche bereits 130.000 Arbeitsplätze in Ostturkestan entstanden. China ist der größte Baumwollproduzent und – Konsument in der Welt. Zwischen 2010 und 2014 erntete China 27 Prozent der Weltproduktion an Baumwolle, wobei auf Xinjiang der größte Anteil dieser Ernte entfiel. Trotzdem musste die Volksrepublik noch 40 Prozent ihres Baumwollbedarfs einführen (Cotton Policy in China, US Department of Agriculture, März 2015). Traditionell wurde Baumwolle auch im Osten der Volksrepublik in den Provinzen Hebei, Henan, Anhui und Jiangsu angebaut. Doch seit dem Jahr 2005 ist Ostturkestan/Xinjiang dank massiver staatlicher Förderung das bedeutendste Baumwoll-Anbaugebiet des Landes und stellt rund 60 Prozent der Ernteerträge (Xinhua, 20.1.2016).

Vor allem in Xinjiang profitieren Baumwollproduzenten von großzügigen staatlichen Subventionen für den Ausbau des Maschinenparks sowie für den Transport der geernteten Baumwolle zur verarbeitenden Industrie im Osten des Landes. Außerdem wurde bislang fast die gesamte Ernte in Xinjiang von der staatlichen Agrar-Entwicklungsbank aufgekauft. Das soll in Zukunft nicht mehr so sein. Gegen die Abschaffung dieser staatlichen Aufkauf-Garantie hatte sich das von der Armee aufgebaute Xinjiang Production and Construction Corps (XPCC) vergeblich gewehrt. XPCC

baut den Großteil der Baumwolle an. 2015/16 soll diese Garantie auch in Xinjiang/Ostturkestan endlich abgeschafft werden, kündigte die *Nationale Entwicklungs- und Reform-Kommission (NDRC)* im Januar 2015 an (Yibada, 21.2.2015).

17. Die vielschichtige Rolle des XPCC

Uiguren kritisieren besonders die wachsende Bedeutung des paramilitärischen XPCC beim Ausbau der Textilindustrie in Xinjiang. Das XPCC bewirtschaftet 750.000 Hektar Baumwollfelder und kontrolliert so den Anbau des Rohstoffes in Ostturkestan. Nun soll XPCC mit seinem weit verzweigten Netz von Firmen auch das Rückgrat der neuen Textilindustrie der Region bilden (www.brecorder.com, 17.3.2015).

Die Rollen des XPCC sind vielschichtig. So hob Chinas Regierung in einem am 24. September 2015 veröffentlichten Weißbuch die Bedeutung des XPCC bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung und bei der Stabilisierung der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang hervor.

Das XPCC war 1954 von Mao Zedong als Grenzbefestigungs-Miliz aus ehemaligen chinesischen Soldaten aufgebaut worden. Mao hatte immer die Befürchtung, Die Sowjetunion könne sich Xinjiang militärisch einverleiben oder dort einen unabhängigen Staat Ostturkestan wiederaufleben lassen. Die Miliz sollte die Grenze vor allem zum großen kommunistischen Bruderland sichern helfen, vor allem nachdem in den 50er- und 60er-Jahren immer häufiger Spannungen an der Grenze zur Sowjetunion eskalierten.

Heute ist das XPCC ein Staat im Staate mit eigener Gerichtsbarkeit. Rund 4.000 Firmen, davon 14 Börsen-notierte Unternehmen, kontrolliert die paramilitärische Miliz als Großkonzern und erwirtschaftet dabei jährlich ein Bruttosozialprodukt in Höhe von 24 Milliarden US-Dollar. Der XPCC gehören 2,7 Millionen Menschen (meist Han-Chinesen) an. Zwar erwirtschaftete das XPCC im Jahr 2008 zwölf Prozent des Bruttosozialprodukts der autonomen Region, doch nur 6,5 Prozent seiner Arbeitskräfte waren dort traditionell ansässige Uiguren (World Security Institute, China Security, Vol.6 No.2, S.29). Bei der arbeitsintensiven Baumwollernte werden vom XPCC jedes Jahr noch immer bevorzugt Han-Chinesen eingestellt. Sie gelten den chinesischen Arbeitgebern als zuverlässiger und arbeitsamer als Uiguren. Vor allem teilen Han-Chinesen meist die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Anschauungen ihrer chinesischen Arbeitgeber. Spätestens seit den schweren Unruhen zwischen Han-Chinesen und Uiguren in Urumtschi, bei denen im Juli 2009 mindestens 200 Menschen getötet wurden, ist der Graben zwischen Uiguren und Han-Chinesen noch größer geworden. Sie meiden

gegenseitig den Kontakt und es fehlt meist an jedem Vertrauen. Noch stärker als zuvor greifen nun chinesische Arbeitgeber auf Han-Chinesen als Arbeitskräfte zurück.

Außerdem kontrolliert das XPCC 14 Divisionen und 176 Regimenter. Zwar sind nicht alle XPCC-Mitglieder auch Angehörige von Milizen. Das XPCC stellt jedoch die größte Antiterror-Einheit in der Unruheregion neben verschiedenen Sonderkommandos der Bereitschaftspolizei (The Times of Israel, 27.9.2015).

Immer wieder wurden XPCC-Milizionäre in Antiterror-Einsätze gegen Uiguren geschickt. Im Jahr 2004 wurde vom XPCC das 224. Regiment aufgebaut, das mit seinen 12.000 Kämpfern 60 Kilometer westlich der Stadt Hothan stationiert ist. Dort leben besonders viele Uiguren, die von der staatlichen Minderheitenpolitik enttäuscht sind. Oft wird das Regiment im Kampf gegen angebliche uigurische Extremisten eingesetzt. Andere dem XPCC unterstehende Milizen kommen bei der Aufstandsbekämpfung zum Einsatz oder dienen als Verstärkung der Bereitschaftspolizei bei Razzien und Hausdurchsuchungen. Auch bei den Zusammenstößen zwischen Han-Chinesen und Uiguren in der Provinzhauptstadt Urumtschi im Juli 2009 wurden in großer Zahl XPCC-Milizionäre zur Niederschlagung der Proteste von Uiguren eingesetzt.

Das XPCC ist der Wegbereiter und Garant einer umfassenden Kontrolle Ostturkestans durch China sowie für die Ansiedlung von Millionen Han-Chinesen in der traditionell von Turkvölkern bewohnten Region. Dass gerade diese paramilitärische Gruppierung mit dem Aufbau einer auch international bedeutsamen Textilindustrie betraut wird, diskreditiert in den Augen vieler Uiguren alle Anstrengungen zur Industrialisierung ihrer Heimat. Denn das XPCC wird von der traditionell dort ansässigen Bevölkerung für ihren schleichenden Verlust an Rechten, Land, Kultur und Identität verantwortlich gemacht.

18. Arbeitsplätze für Uiguren sollen Antiterror-Kampf stärken

Chinas Behörden räumen bereitwillig ein, dass mit dem Ausbau der Textilindustrie in Xinjiang weniger wirtschaftliche Ziele verfolgt werden. Vielmehr soll damit die wachsende Unruhe unter den Uiguren wirksam bekämpft werden (Reuters, 25.6.2015). Das Kalkül ist genauso einfach wie ineffektiv. Chinas Machthaber denken, dass sich der wachsende Protest gegen Chinas Herrschaft in Xinjiang wirksam eindämmen lasse, wenn sich nur die wirtschaftliche Lage der Uiguren bessern würde.

Tatsächlich ist die Lage der Uiguren auf dem Arbeitsmarkt Ostturkestans katastrophal. In den am dichtesten von Uiguren besiedelten Gebieten im Süden der autonomen Region

ist das Durchschnittseinkommen weniger als ein Drittel so hoch wie in anderen überwiegend von Han-Chinesen bewohnten Gegenden im Norden Xinjiangs (World Security Institute, China Security, Vol.6 No.2, S.29). Auch in der Provinzhauptstadt Urumtschi ist das starke Einkommensgefälle zwischen Han-Chinesen und Uiguren deutlich zu beobachten. So sind nur noch zehn Prozent der Bewohner Urumtschis Uiguren, sie leben zumeist in den ärmsten Stadtvierteln.

Doch Uiguren streben nicht nur nach Arbeitsplätzen und einem besseren wirtschaftlichen Auskommen, sondern auch nach Rechten. Seit Jahrzehnten werden ihnen systematisch alle grundlegenden Menschenrechte verweigert. In keiner anderen Region Chinas gibt es so viel Repression von Sicherheitskräften, willkürliche Razzien, Hausdurchsuchungen, unangemessenen Einsatz von Gewalt durch Sicherheitskräfte, Folter, Sippenhaft und schwerwiegende Verletzungen der Persönlichkeitsrechte. In keiner anderen Region der Volksrepublik werden Meinungs- und Pressefreiheit, Religions- und Versammlungsfreiheit so massiv unterdrückt wie in Xinjiang. In keiner anderen Region werden so viele Menschen wegen angeblicher „Gefährdung der Staatssicherheit“ oder „Terrorismus“ angeklagt. Jeden dritten Tag wurde im Jahr 2015 in Ostturkestan ein Uigure wegen vermeintlicher „Gefährdung der Staatssicherheit“ angeklagt (Dui Hua Foundation, 6.4.2016). Nirgendwo in China hat ein Angeklagter so schlechte Chancen, vor Gericht freigesprochen zu werden, wie in Xinjiang. Denn die muslimischen Uiguren stehen unter dem Generalverdacht, „Terroristen oder Separatisten“ zu unterstützen.

19. Kritik unerwünscht

Scharfe Kritik an der Nationalitätenpolitik Chinas in Xinjiang und an der Benachteiligung der Uiguren auf dem Arbeitsmarkt übte der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti. Der an der Nationalitäten-Universität in Peking lehrende Professor kritisierte vor allem die offensichtliche Diskriminierung von Uiguren bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Selbst eine gute Ausbildung bedeute für Uiguren keine Garantie, auch eine der Ausbildung angemessene Arbeitsstelle zu finden. Nach Schätzungen des Professors bekommen nur 15 Prozent aller uigurischen Universitätsabsolventen auch einen entsprechenden Arbeitsplatz. Allein aufgrund ihrer ethnischen Abstammung würden Uiguren bei Stellenbewerbungen abgelehnt. Manche Arbeitgeber würden sogar öffentlich darauf hinweisen, daß sie nur Han-Chinesen einstellen. In den meisten Fällen würden uigurische Arbeitnehmer zwar nicht offensichtlich als Bewerber abgelehnt, doch Han-Chinesen würden ihnen regelmäßig vorgezogen (www.chinachange.org, 22.4.2015). Besonders schwierig sei die Lage aber für uigurische Migranten aus ländlichen Gebieten, die in Urumtschi Arbeit suchten, erklärte Professor Tohti. Aufgrund ihrer ethnischen

Abstammung, ihrer fehlenden Ausbildung und ihrer mangelnden Chinesisch-Kenntnisse hätten sie keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nach den Unruhen in Urumtschi im Juli 2009 seien diese uigurischen Landflüchtlinge in großer Zahl aus der Provinzhauptstadt ausgewiesen worden.



Tohti erklärte die Nationalitätenpolitik Chinas öffentlich für gescheitert und zog sich damit den Zorn der Kommunistischen Partei und der Staatsführung zu. Als er dann auch noch Webseiten in chinesischer Sprache entwickelte, um Han-Chinesen die Hintergründe des Zorns der Uiguren zu erläutern, suchten die Sicherheitsbehörden nach Wegen, um den unbequemen Kritiker mundtot zu machen. Sechs Monate lang recherchierten sie unter seinen Studenten oder verhafteten Mitarbeiter von ihm, um vermeintlich belastendes Beweismaterial

gegen den Professor zusammenzutragen. Inhaftierte Studenten wurden gedrängt, gegen ihn vor Gericht auszusagen. Schließlich wurde Professor Tohti festgenommen und im September 2014 in einem unfairen Gerichtsverfahren wegen angeblichem „Separatismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Strafe war drakonisch. Noch nicht einmal Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo bekam so eine harte Strafe, obwohl er mit der Charta 08 eine sehr viel weitgehendere Kritik an Chinas Staatssystem übte. Absurd ist der Vorwurf des „Separatismus“, weil der Professor Chinas Herrschaft über die Region niemals in Frage stellte. Auch sieben seiner Studenten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

20. Smog-Export nach Xinjiang

Die Standorte von Aluminium-Hütten und Stahlwerken waren niemals so umstritten in China wie heute. Denn angesichts katastrophaler Verseuchung von Luft, Wasser und Böden wächst unter Chinas Bürgerinnen und Bürgern das Umweltbewusstsein. Die meisten öffentlichen Proteste betreffen heute umstrittene Standorte von Industrieanlagen und Müllverbrennungsanlagen. Dass nun mit der Verlagerung von Aluminium-Hütten und Stahlwerken besonders Schadstoff-intensive Industrien in den Nordwesten des Landes verlagert werden, verbittert Uiguren und Mongolen ganz besonders.

Chinas Machthaber scheinen mit dieser umstrittenen Maßnahme gleich mehrere Ziele zu verfolgen. So wird einerseits der Druck der Bevölkerung in den stark industrialisierten Ballungsgebieten im Osten Chinas auf die Verantwortlichen in ihren Städten verringert, weil Schadstoff-intensive Standorte geschlossen werden. Die Regierung kann damit auch den Eindruck erwecken, den Umweltschutz und die Bedenken der Bevölkerung ernst zu nehmen. Für die nach Xinjiang oder in die Innere Mongolei abwandernde Industrie gibt es den Trost, dass es dort angesichts massiver Polizei- und Armeepräsenz weniger öffentliche Proteste geben wird und die Umweltvorschriften von den lokalen Behörden auch nicht so ernst genommen werden. Zugleich können sie im Nordwesten der Republik preiswerter produzieren und von großzügigen staatlichen Fördermitteln profitieren. Die chinesische Zentralregierung kann hingegen behaupten, etwas für die wirtschaftliche Förderung Xinjiangs und der Inneren Mongolei zu tun. Auch kann sie sich über die langfristige Veränderung der Bevölkerungsverteilung in den beiden autonomen Regionen freuen, die dank Zuwanderung von Han-Chinesen weiter an China gebunden werden.

Jüngste Schadstoffuntersuchungen von Greenpeace Asien, die im April 2016 veröffentlicht wurden, haben gezeigt, dass sich die schlimmste Luftverschmutzung in China nach Westen verlagert hat. Waren es früher die Industrie-Metropolen im Osten des Landes, die die höchsten Luftverschmutzungswerte aufwiesen, so zählen inzwischen Städte in Xinjiang wie Kashgar und Urumtschi zu den Ballungszentren mit der schlechtesten Luftqualität in der Volksrepublik.



Mit der Verlagerung der Schadstoff-intensivsten Industrie-Anlagen nach Xinjiang ist dort auch der Smog ein großes Problem geworden. Gemäß der Greenpeace-Studie befinden

sich alle fünf Städte mit der schlechtesten Luftqualität in Ostturkestan. Verglichen mit dem ersten Quartal 2015 hat dort die Luftverschmutzung deutlich zugenommen (Greenpeace Asia, 20.4.2016). Die Messwerte wurden vom Umweltministerium Chinas bestätigt (www.german.people.com.cn, 20.4.2016).

21. Kashgar: Vom kulturellen Zentrum der Uiguren zur Smog-Stadt

Besonders dramatisch ist die Luftverschmutzung in der alten Oasenstadt Kashgar. Die im äußersten Nordwesten Ostturkestans gelegene Stadt schaut auf eine Jahrtausende alte Geschichte als Handelszentrum entlang der Seidenstraße zurück. Sie ist unter Xinjiangs großen Städten das bedeutendste Zentrum uigurischen Lebens und ihrer kulturellen Identität. Schon der Reisende Marco Polo schwärmte von ihren kulturellen Schätzen. Kulturhistoriker bezeichneten die Altstadt Kashgars mit ihren hunderten alten Lehm und Holzhäusern mit wertvollen Intarsien-Arbeiten und Mosaiken auch als das Venedig des Ostens und als eine der architektonisch bedeutsamsten Städte Zentralasiens.

In den Augen der chinesischen Sicherheitsbehörden gilt sie hingegen als Mittelpunkt des uigurischen Protests gegen Chinas Herrschaft über Ostturkestan. Seit dem Jahr 2009 haben Chinas Behörden neun Zehntel der architektonisch und kulturhistorisch bedeutsamen Altstadt niedergerissen, um dort neue Wohnprojekte zu realisieren. Die fast ausschließlich von Uiguren bewohnte Altstadt war von den Sicherheitsbehörden kaum kontrollierbar und widersprach ihrem Konzept einer umfassenden Überwachung uigurischen Lebens. So wurden gegen den Widerstand der lokalen uigurischen Bevölkerung und der Proteste von Architekten, Kulturhistorikern und Menschenrechtsorganisationen hunderte alte Häuser und Dutzende Moscheen mit dem Bulldozer zerstört. Vergeblich forderte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) im Rahmen einer Kampagne zur Erhaltung der Altstadt Kashgars, das einzigartige Ensemble alter Häuser unter den Schutz des UNESCO-Weltkulturerbes zu stellen. Zwar gab es viele Fürsprecher für diese Initiative, doch gegen den Widerstand des Heimatstaates der Kulturstätten kann die UNESCO nicht den Schutzstatus verleihen. Nur ein Bruchteil der ursprünglichen Altstadt wurde schließlich als Freiluft-Museum für Touristen erhalten. Auf den Abbruchflächen wurden Wohnblocks im sozialistischen Baustil errichtet, in denen Uiguren und Han-Chinesen Seite an Seite wohnen sollen. Die Sicherheitsbehörden versprechen sich davon eine umfassendere Kontrolle der uigurischen Bewohner der Stadt.

Zugleich wurde Kashgar im Mai 2010 vom Staatsrat Chinas zur Sonderwirtschaftszone (Special Economic Zone) erklärt, um das Wirtschaftswachstum in der Stadt zu fördern.

Außerdem wurde eine Partnerschaft mit der Hafenstadt Shenzhen an der Ostküste Chinas vereinbart (Global Times, 5.9.2013 / , 25.6.2010). Shenzhen solle Kashgar mit Rat und viel finanzieller Unterstützung helfen, seine Wirtschaft zu entwickeln. Shenzhen zählte in den 80er-Jahren zu den ersten neuen Sonderwirtschaftszonen Chinas und gilt in den Augen von Wirtschaftsexperten als gelungenes Beispiel der Wirtschaftsförderung (Xinhua, 26.8.2015).

Kritiker warnten allerdings schon im Jahr 2010, die Voraussetzungen in beiden Städten seien grundverschieden und Shenzhen sei nur bedingt als Vorbild tauglich (BBC, 16.8.2012). Wirtschaftlich gesehen ist Kashgar von allen großen Märkten, Handelszentren und Industrie-Standorten weit entfernt. Auch die Transport-Infrastruktur ist mit der Hafenstadt Shenzhen nicht vergleichbar, deren Motor vor allem auch der bedeutende Container-Hafen für Ex- und Import von Gütern ist. Kashgar verfügt nicht über vergleichbare Handelswege heute. Zwar ordnet sich seine Förderung in das Seidenstraßen-Konzept von Chinas Regierung ein, doch jenseits staatlicher Rhetorik und Werbung ist die wirtschaftliche Bedeutung dieses Handels mit zentralasiatischen Nachbarstaaten noch begrenzt. Doch China setzt auch auf einen Ausbau des Handels mit Pakistan und dem Mittleren Osten. So haben chinesische Entwickler den Hafen Gwadar in Belutschistan in Pakistan aufgebaut, über den sie Güter aus dem Mittleren Osten in den Nordwesten Chinas bringen wollen (Pakistan Today, 10.9.2015). Geplant ist auch der Bau einer Erdgaspipeline von Gwadar nach Kashgar sowie eines Terminals zur Erdgas-Verflüssigung im Hafen Gwadar (Radio Free Europe, 11.11.2015).

Nach der Ankündigung der Einrichtung der Sonderwirtschaftszone explodierten die Grundstückspreise in der Stadt sowie die Immobilienspekulation. Dutzende Entwickler präsentierten ihre Modelle eines neuen Kashgar mit Dutzenden Hochhäusern, künstlichen Seen und Grünanlagen. Es war das Modell eines chinesischen Kashgar (oder Kashi, wie die Stadt auf Chinesisch genannt wird), jede Spur uigurischen Lebens war ausgelöscht oder zur exotischen Touristen-Attraktion degradiert worden. Das ist die Vision des offiziellen Chinas von „Entwicklung“ ohne Partizipation der dort ansässigen uigurischen Bevölkerung. Uiguren haben keinen angemessenen Platz und Stand in dieser um jeden Preis sinisierten Stadt. Sie gleicht sich nun nicht nur architektonisch den Metropolen im Osten Chinas an, sondern bekommt auch ihre Probleme mit dramatisch gesteigener Luftverschmutzung.

Nach Angaben der jüngsten Greenpeace-Messungen der Luftqualität hat Kashgar heute die schlechteste Luftqualität aller Großstädte in der Volksrepublik (South China Morning Post, 20.4.2016). Eine dramatische Fehlentwicklung, die unmittelbar auf die Einrichtung der Sonderwirtschaftszone und die dadurch ausgelöste Bau- und Industrie-Entwicklung

zurückzuführen ist. Die Sonderwirtschaftszone sieht besondere finanzielle Förderungen durch den Staat und Steuererleichterungen für Investoren vor.

22. Umweltschützer kritisieren Bergbau und Industrialisierung in Xinjiang

Nicht nur in den Städten zeigen sich die dramatischen Folgen der Industrialisierung Ostturkestans. In der im Osten Xinjiangs an der Grenze zur Mongolei gelegenen Präfektur Kumul beobachten Bauern eine massive Zunahme der Umweltprobleme, seit vor 15 Jahren immer mehr Industriebetriebe mit hohen Schadstoff-Emissionen begannen, ihre Produktion aus dem Osten Chinas in die Gegend um die Stadt Kumul zu verlagern. Die lokale Landwirtschaftsproduktion brach ein. Wo früher Weizen, Baumwolle und Melonen angebaut wurden, musste die landwirtschaftliche Nutzung wegen der hohen Luftverschmutzung aufgegeben werden (Radio Free Asia, 5.11.2014). Protest-Petitionen von Bauern wurden von der lokalen Stadtverwaltung ignoriert. Den Kritikern wurde nur pauschal entgegengehalten, die neuen Industriebetriebe seien bedeutsam für die Entwicklung der Stadt. Das Sammeln weiterer Unterschriften gegen die Umweltverschmutzung haben die städtischen Behörden verboten. Die Industrieansiedlung hat auch die Zuwanderung von Han-Chinesen massiv steigen lassen. So sind heute nur noch weniger als 20 Prozent der 540.000 Einwohner der Präfektur Uiguren, 70 Prozent sind Han-Chinesen und die restlichen zehn Prozent gehören anderen Minderheiten an. Nur wenige Uiguren haben in den Industriebetrieben Arbeit gefunden.

Bergbau führt auch in ländlichen Gebieten Ostturkestans zu immer mehr Beeinträchtigungen von Natur und Umwelt, Flora und Fauna. So beklagt der Zoologe Yang Weikang von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, daß das Kamalely Naturschutzgebiet im Nordosten des Junggar Beckens am Rande der Wüste Gobi ständig zugunsten neuer Bergbauprojekte verkleinert wird. Das Schutzgebiet war in den Jahren 2005, 2007, 2008, 2009, 2011 und 2015 verringert worden. Der Süden des Gebietes grenzt an reiche Kohlevorkommen, deren Abbau immer mehr ausgeweitet wird (www.chinadialogue.net, 26.5.2016). Selbst Eingriffe von Minen-Unternehmen unmittelbar im Bereich des Naturschutzgebietes sind möglich. So genehmigten die Forstbehörden Xinjiangs im März 2015 die Exploration möglicher Goldvorkommen innerhalb des Schutzgebiets. Zwischen den Jahren 2008 und 2015 wurden nach offiziellen Angaben der Naturschutzbehörde Xinjiangs 36 Bergbaugenehmigungen für die Schürfung nach Bodenschätzen innerhalb des Naturschutzgebietes vergeben. Vögel und Tiere leiden besonders stark unter den Folgen des Bergbaus. So hat sich die Zahl seltener Vögel, die früher in dem Schutzgebiet brüteten, deutlich verringert. Besonders betroffen ist aber eine seltene Gazellen-Art aus der Mongolei, die vom Aussterben bedroht ist und

seit Beginn des Bergbaus das Schutzgebiet immer mehr meidet. Auch in den Bergbauregionen selbst sind die dramatischen Folgen des menschlichen Eingriffs in die Natur deutlich festzustellen.

23. Industrialisierung schürt Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan



Die massive Industrialisierung Xinjiangs, der gezielte Abbau von Bodenschätzen und die massive Förderung von Stahl-, Aluminium- und Textilindustrie wird nicht zu einer Beruhigung der Lage in Ostturkestan führen, sondern noch mehr Widerspruch und Protest von Uiguren erzeugen. Denn die Uiguren sind die Verlierer dieser Entwicklung. Sie müssen nicht nur tatenlos zusehen, wie der Reichtum ihres Landes an Bodenschätzen zum Wohle von Chinas Wirtschaft abgeschöpft und wegtransportiert wird, sondern bekommen mit einer massiven Umweltverschmutzung vor allem die negativen Folgen des Wirtschaftsbooms zu spüren. Billigexporte aus China schüren den umstrittenen Rohstoffabbau und den Raubbau an Natur und Umwelt in Xinjiang und fördern weiter die wirtschaftliche Bedeutung dieser Region für die Volksrepublik. China wird angesichts dieser wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung Ostturkestans noch gezielter und massiver gegen alle Proteste und Formen des Widerstands von Uiguren vorgehen.

Der neue Industrialisierungsschub bedeutet nicht nur einen Ausverkauf der Rechte der Uiguren, sondern wird auch ihre Marginalisierung und Ausgrenzung weiter beschleunigen. Denn mit der Industrialisierung wird die Zuwanderung und Ansiedlung Hunderttausender Han-Chinesen aus dem Osten der Volksrepublik einhergehen. Neue Eisenbahnverbindungen erleichtern die Migration von Han-Chinesen in den Nordwesten des Landes. Schon heute arbeitet die chinesische Regierung systematisch daran, die Bevölkerungsverteilung in Ostturkestan zu verändern und die muslimischen Uiguren zu einer unbedeutenden Minderheit in ihrer Heimat zu machen.

24. Industrie-Ausbau in der Inneren Mongolei dank preiswerter Energie

Ähnlich wie in Xinjiang wird auch in der Inneren Mongolei der Industrie-Ausbau vom Staat gefördert, weil preiswerte Energie in großen Mengen zur Verfügung steht. Die Autonome Region Innere Mongolei ist mit 1,18 Millionen Quadratkilometern dreimal so groß wie Deutschland und auch die drittgrößte Provinz oder Region der Volksrepublik. Ethnische Mongolen stellen nur noch 17 Prozent der 25 Millionen Einwohner der Region, Han-Chinesen bilden inzwischen die größte Bevölkerungsgruppe.

Die Innere Mongolei ist neben Xinjiang der bedeutendste Kohleproduzent Chinas und verfügt über die größten Kohlevorkommen der Welt. Angesichts des Klimawandels und des internationalen Streits um hohe Schadstoffemissionen durch fossile Brennstoffe wächst auch in der Volksrepublik der Druck, die Nutzung der Kohlekraft einzuschränken. Obwohl die Zentralregierung eine Senkung der Schadstoffemissionen dringend anstrebt, setzen sich die Provinzregierungen darüber hinweg und vergaben 2015/16 Genehmigungen für den Bau von Kohlekraftwerken in 13 Regionen oder Provinzen (www.chinadialogue, 6.4.2016). Zwischen Januar und Dezember 2015 wurde in der Volksrepublik der Bau von 210 Kohlekraftwerken von den Behörden genehmigt (*Is China doubling down on its coal power bubble?* Greenpeace Report, Februar 2016).

Die Nationale Energie Agentur des Landes (NEA) und die Nationale Kommission für Entwicklung und Reform (NDRC) ordneten im April einen Baustopp für alle im Bau befindlichen Kohlekraftwerke an. Außerdem forderten sie die Provinzregierungen auf, die Genehmigungen für 15 geplante neue Kohlekraftwerke auszusetzen. Der Kohleverbrauch ist in China im Jahr 2015 um 3,7 Prozent zurückgegangen (*Radio Free Asia*, 9.5.2016). Zwar plant Chinas Regierung die massive Stilllegung von Kohlekraftwerken, doch in vielen Provinzen wird weiterhin auf Kohle gesetzt. So auch in der Inneren Mongolei, wo neue Projekte zur Verflüssigung von Kohle in Erdgas betrieben werden (*Reuters*, 20.5.2016).

Trotz der Diskussion um die weitere Nutzung von Kohle expandiert die Aluminium- und Stahl-Industrie in der Inneren Mongolei, die sehr von preiswerter Energie abhängig ist. Denn die Region ist auch ein bedeutender Produzent von Sonnen- und Windenergie. Viele Unternehmen aus der Stahl- und Aluminiumbranche setzen auf die preiswerte Energie und investieren massiv in der Inneren Mongolei. Der East Hope-Konzern aus Shanghai kündigte im März 2016 an, 1,5 Milliarden in Aluminium-Hütten in der Inneren Mongolei zu investieren, um die Produktion noch effektiver und preiswerter zu machen (The Aluminium Insider, 14.3.2016). Da die Aluminium-Produktion boomt, berichtete die Inner Mongolia Jinlian Aluminium Company im August 2015 an, neue Projekte im Wert von 16 Milliarden US-Dollar realisiert zu haben (www.alu.com.cn, 7.8.2015). Im April 2014 kündigte die Hangzhou Jinjiang Group den Bau einer neuen Aluminium-Hütte in Huolinguole (Innere Mongolei) an (www.alu-international.com, 29.4.2014). Die Aluminium-Industrie rechnet für das Jahr 2017 mit einer Rekordproduktion von zehn Millionen Tonnen (Yidian Holding Group, 5.6.2015). Ständig werden in der Inneren Mongolei neue Aluminium- und Stahl-Werke gebaut, obwohl die Regionalregierung im Dezember 2014 angekündigt hatte, mit Rücksicht auf die Umwelt und den hohen Schadstoffausstoß die Errichtung neuer Werke nicht mehr zu genehmigen (www.metalbulletin.com, 30.12.2014).

Auch deutsche Unternehmen wie die SMS Meer aus Düsseldorf liefern neue Profilstraßen für Stahl-Unternehmen in der Inneren Mongolei. Die Baotou Iron and Steel Group (Baogang) weihte dort erst im Jahr 2015 die weltweit größte Produktionsstätte für Eisenbahnschienen ein (China Daily, 15.5.2015). Das Wirtschaftswachstum der Inneren Mongolei liegt mit acht Prozent rund zwei Prozentpunkte höher als das durchschnittliche Wachstum in China (China Daily, 27.5.2016). Die Stadt Baotou gilt mit ihrem starken Wirtschaftswachstum als Entwicklungsmotor für die Region (China Daily, 9.5.2016).

25. Aluminium-Werk zerstört Lebensgrundlage von Nomaden

Die Hirten und Nomaden in der Inneren Mongolei haben vom Rohstoffboom und dem Ausbau der Aluminium- und Stahlproduktion niemals profitiert. Zunächst wurde ihr Land in den 80er- und 90er-Jahren unter dem Vorwand, eine weitere Überweidung und Bodenerosion zu verhindern, eingezäunt. Den Nomaden wurde die Möglichkeit genommen, von ihren Vieh-Herden zu leben. Dann ordneten die Behörden die Zwangsumsiedlung von Nomaden und ihre erzwungene Sesshaftmachung an.

Chinesische Wissenschaftler haben in einer im April 2014 veröffentlichten Studie zu den Folgen der Kohle-Förderung in der Inneren Mongolei festgestellt, dass sich der

Lebensstandard von Nomaden durch den Kohlebergbau nicht erhöht hat. Sie haben von der Kohle-Förderung nicht profitiert. Die Gefahren des Kohlebergbaus für die Nomaden seien größer als ihr Nutzen, erklären die Wissenschaftler (The false promises of coal exploitation: How mining affects herdmen well-being in the grassland ecosystems of Inner Mongolia, Energy policy 67, April 2014).

Der Kohle-Bergbau hat auch katastrophale Folgen für den Grundwasserspiegel und für den Wasserhaushalt des Fördergebiets. Denn bei dem Abbau des Rohstoffs wird sehr viel Wasser benötigt, berichtet der Botaniker Fang Jingyun von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. So verschwanden zahlreiche Seen oder ihr Wasserspiegel sank zumindest spürbar. Sorgen macht auch das massive Absinken des Grundwasserspiegels in diesen Fördergebieten, erklärt der Universitätsprofessor (Guardian, 10.4.2015).

Hirten aus der Umgebung der Stadt Hologol berichten, wie das große Aluminium-Werk Huomei Hongjun der staatlichen State Power Investment Corporation neben ihrem traditionellen Weideland und den umgebenden Kohle-Bergwerken errichtet wurde (Guardian, 10.4.2015). Einige Jahre nach der Eröffnung der Aluminium-Hütte wurden ihre Tiere krank. Die Kiefer der Schafe entzündeten sich und ihnen fielen die Zähne aus, so dass sie ihr Futter nicht mehr kauen konnten und elendig zugrunde gingen. Tausende Tiere starben. In einem offiziellen chinesischen Dokument zu den Vorfällen heißt es, 12.000 Schafe in sieben Dörfern in der Umgebung der Aluminium-Hütte seien 2008/2009 gestorben, insgesamt seien 23.000 Tiere erkrankt. Die Symptome deuten darauf hin, dass die Schafe an einer Fluorvergiftung gestorben sind, die oft in Verbindung mit Schadstoffen aus der Aluminiumproduktion diagnostiziert wird. Als die Hirten öffentlich gegen das Massensterben protestierten, wurden fünf ihrer Anführer festgenommen und man zwang alle Nomaden, in die Stadt Hologol umzusiedeln. Drei der festgenommenen Wortführer der Demonstranten verschwanden in der Haft, während zwei weitere Protestierende, die früher Parteichefs des Dorfes waren, freigelassen wurden. Sie starben kurz nach ihrer Freilassung aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustands. Die Umweltschutzbehörde verhängte im Jahr 2011 ein Bußgeld gegen den Betreiber des Aluminium-Werkes. Die Strafe bezog sich jedoch nicht auf die Aluminium-Produktion, sondern auf einen zu hohen Schwefelausstoß des angegliederten Kohlekraftwerks, das die Energie für die Aluminium-Herstellung liefert.

Kleine, sporadische Proteste gegen die Umweltverschmutzung und die Zerstörung der Lebensgrundlage der mongolischen Nomaden gibt es oft in der Inneren Mongolei. Doch sobald der Protest größer wird oder mehr Aufmerksamkeit bekommt, werden die Sicherheitskräfte aktiv und zerschlagen mit aller Gewalt jedes öffentliche Aufbegehren. So wurde ein Team der angesehenen US-Zeitung „Washington Post“ im Frühjahr 2015 bei einer Recherche-Reise in den Weidegebieten der Inneren Mongolei während

mehrerer Tage von bis zu 15 Fahrzeugen der Sicherheitsbehörden verfolgt und überwacht. Das Reporter-Team wurde von den Sicherheitsleuten ausgiebig befragt und gewarnt, ohne offizielle Genehmigung dürfe man in der Region nicht recherchieren. Auch wurden die Journalisten daran gehindert, Mongolen zu interviewen (Guardian, 10.4.2015).

Als im Jahr 2011 der mongolische Nomade Murgun von einem mit Kohle beladenen Lastwagen überrollt und getötet wurde, während er gegen den Rohstoffabbau demonstrierte, protestierten Mongolen in vielen Regionen ihrer Heimat gegen Landraub, Umweltzerstörung und Bergbau. Ein junger Student postete einen Rap-Song, den er in Erinnerung an den zu Tode gekommenen Nomaden geschrieben hatte.

So heißt es dem Song:

„Wir haben unsere Tiere hier tausende Jahre grasen lassen. Wie viele Leute werden noch hierhinkommen, um Minen zu eröffnen und unsere Bodenschätze zu plündern. Das Grasland ist die Mutter aller Mongolen, es kann nicht länger die Zerstörung überleben.... Ich mag zwar in Chinesisch rappen, aber ich bin ein echter Mongole...Unsere Heimat wird zerstört...Das grüne Grasland färbt sich gelb...Den Hirten ist nichts geblieben...Wir sind die Nachkommen von Dschingis Khan. Mongolen vereint Euch! Wir werden niemals untergehen“ (Radio Free Asia, 17.6.2011).

Der Song wurde nach wenigen Stunden von chinesischen Zensoren aus dem Internet gelöscht. Der Student, der den Titel komponiert hatte, bekam viel Ärger mit seiner Universität und musste schriftlich Selbstkritik an sich üben. Mit massiver Sicherheitspräsenz von Bereitschaftspolizei und Milizionären wurden Demonstranten eingeschüchtert und die aufkommenden öffentlichen Proteste im Keim erstickt.

In der Präfektur Shilingol wurden der Schriftsteller Bolchuluu und der Lektor Biligbataar unter Hausarrest gestellt, weil sie dazu aufgerufen hatten, den zu Tode gekommenen Nomaden Murgun zum Märtyrer zu erklären (Southern Mongolian human Rights Information Center, SMHRIC, 16.6.2011). Auch Biligbataars Kollege Burintsetsen bekam von den chinesischen Sicherheitsbehörden Hausarrest auferlegt. Der Aktivist Setsenbaatar verschwand im Gewahrsam der Sicherheitskräfte, nachdem er Fotos von den Protesten über soziale Medien verbreitet hatte. Bei den Protesten forderten die Nomaden ein Ende des Kohle-Tagebaus auf dem Weideland ihrer Tiere.

Nachdem Chemiefabriken jahrelang unbehelligt die Weiden der Nomaden mit Schadstoffen verseucht hatten, kam es im April 2015 zu großen Demonstrationen der Mongolen, die ein Ende der Verseuchung ihres Landes forderten. „Gebt uns unser sauberes Wasser und unseren blauen Himmel zurück“, skandierten die Demonstranten.

(Reuters, 7.4.2015). Mindestens 2.000 Polizisten wurden bei der Niederschlagung der Unruhen im Verwaltungsbezirk Naiman-Banner eingesetzt.

Neuer Streit kam im Mai 2015 auf, als die Umweltschutzorganisation Greenpeace der staatlichen Shenhua Unternehmensgruppe in einem Report vorwarf, das Grundwasser bei den Kohleminen in der Nähe der Stadt Ordos mit 50 Millionen Tonnen Schadstoffen verseucht zu haben.

26. „Seltene Erden“ werden zum Fluch in der Inneren Mongolei

China ist der größte Produzent und Verbraucher „Seltener Erden“. Rund 97 Prozent der weltweit von der Hochtechnologie-Industrie begehrten Rohstoffe werden in China abgebaut, überwiegend in der Inneren Mongolei. Rund 120 Kilometer von dem Industriestandort Baotou entfernt befindet sich die riesige Mine Bayan Obo. Zwei Drittel der weltweit gehandelten „Seltene Erden“ stammen aus diesem Bergwerk. In Bayan Obo sollen Schätzungen zufolge 70 Prozent der weltweiten Reserven an „Seltene Erden“ liegen (www.mining.com, 13.1.2016). Der Marktführer in der Förderung von „Seltene Erden“, der Konzern Inner Mongolia Baotou Steel Rare Earth Hi-Tech.Co., hat sich auf Druck der chinesischen Regierung im Dezember 2014 mit fünf kleineren Konkurrenzfirmen zur China North Rare Earth Group Co. zusammengeschlossen. So soll der illegale Abbau von Rohstoffen wirksam bekämpft, die Modernisierung der Produktion vorangetrieben und der Umweltschutz besser beachtet werden (www.mining.com, 16.12.2014). Denn bislang wird von dem Konsortium nur die jährliche Förderung von 73.500 Tonnen kontrolliert, weitere 40.000 Tonnen werden Schätzungen zufolge illegal abgebaut. Im Handel mit „Seltene Erden“ werden massive Zuwächse erwartet, da die Nachfrage weiter steigt. Im Jahr 2020 soll dieser Handel rund elf Milliarden US-Dollars umfassen (PR Rocket(Grand View Research Inc., 13.5.2016).

Für die Mongolen, die in der Nähe des Bergwerks leben, hat die Förderung der Rohstoffe katastrophale Folgen. Der lokale Parteisekretär Li Guirong traut sich als einer der wenigen, öffentlich über die Konsequenzen des Bergbaus zu reden. Im Jahr 1958 wurde mit Förderung von „Seltene Erden“ in Bayan Obo begonnen. Ende der 80er-Jahre begannen die Bauern darüber zu klagen, dass die Pflanzen auf den Feldern nicht mehr gut wuchsen und die angebauten Früchte nicht schmeckten oder nicht reif wurden (Guardian, 7.8.2012). Immer häufiger gaben die Bauern daher den Anbau auf und pflanzten allenfalls noch Weizen oder anderes Getreide. Eine Studie der lokalen Umweltschutzbehörde machte die Förderung der „Seltene Erden“ und deren verarbeitende Industrie für die Verseuchung der Böden und die hohe Luftverschmutzung verantwortlich. Vor allem Schwefel und Kohlestaub beeinträchtigten sehr die

Luftqualität. Böden und Grundwasser sind inzwischen mit diesen toxischen und hochgefährlichen Stoffen angereichert und können weitere Gifte nicht mehr aufnehmen oder gar neutralisieren helfen. Kühe, Pferde, Schweine, Ziegen fielen den Giftstoffen zum Opfer und starben. Von den ursprünglich 2.000 Bewohnern des Dorfes Xinguang Sancun sind innerhalb von zehn Jahren 1.700 Menschen weggezogen, weil sie keine Perspektiven für ein Leben in Würde für sich dort sehen. So haben auch alle Bauern das Dorf verlassen. Viele Personen, die den Ort nicht verlassen haben, leiden unter Krankheiten. Andere, die in die Stadt Baotou abgewandert sind, fühlen sich missachtet und diskriminiert als Bürger zweiter Klasse.

Auch in der Umgebung des Absetzbeckens Weikuangba in Baotou klagen Anwohner über die negativen Folgen des Bergbaus. In dem zehn Quadratkilometer großen Becken werden Schlamm und Abraum gesammelt, die bei der Förderung und Trennung von „Seltene Erden“ anfallen (ABC, 6.4.2015). In dem Becken befinden sich unter anderem auch hochradioaktives Thorium und giftige Chemikalien. Der Damm des Absetzbeckens ist 30 Meter hoch. Es ist nicht auszudenken, was passieren würde, wenn er brechen und der giftige Schlamm sich über Kilometer verteilen würde. Im Bundesstaat Minas Gerais in Brasilien hat ein entsprechender Dambruch eines kleineren Klärbeckens eines Bergbau-Unternehmens im Jahr 2016 eine Umweltkatastrophe verursacht.

Schon heute weiß man, dass der Boden des Absetzbeckens nicht vollkommen dicht ist, so dass hochgiftige Flüssigkeit austritt und in das Grundwasser sickert. Dies ist eine große Gefahr für Millionen Menschen, da das Bett des Gelben Flusses nur zehn Kilometer entfernt ist und der Strom über das Grundwasser verseucht werden kann. Wenn das Absetzbecken zu voll ist, werden gelegentlich auch größere Mengen verseuchten Abraums gezielt in den Gelben Fluss geleitet, um den auf den Dämmen lastenden Druck zu senken. Wenn verseuchtes Wasser in dem Becken aufgrund von hoher Sonneneinstrahlung verdunstet, bleibt giftiger Staub zurück, der vom Wind weitergetragen und auf den Feldern und Straßen in der Umgebung verteilt wird. So gelangen hochgiftige Substanzen in die Nahrungsmittelkette.

Die Felder in der Umgebung sind sehr mit Schadstoffen belastet und die darauf angebauten Nahrungsmittel verseucht. Viele Äcker können nicht mehr bewirtschaftet werden, Nutztiere werden krank und verenden. Bei der betroffenen Bevölkerung haben Krankheiten wie Krebs und Osteoporose stark zugenommen. Viele Menschen leiden auch unter Zahnausfall.

Auch in der Inneren Mongolei soll es zukünftig strengere Kontrollen der Einhaltung der Umweltvorschriften durch Industrie-Unternehmen geben. Dies ordnete die Zentralregierung im Mai 2016 an (www.german.china.org.cn, 13.5.2016). Das

Umweltministerium Chinas wurde ermächtigt, Inspektionsteams in die Provinzen und Region zu entsenden (Reuters, 12.5.2016). So sollen die Regionalregierung und Lokalverwaltungen stärker in die Pflicht genommen und überprüft werden. Überprüfungen in der Provinz hatten gezeigt, dass die Vorschriften zum Schutz der Luftqualität in großem Stil verletzt werden.

27. Anhaltende Proteste und Verhaftungen von Mongolen

Die Unruhe in der Inneren Mongolei hält weiter an. Im Jahr 2016 kam es bereits zu zahlreichen öffentlichen Protesten und Demonstrationen von Nomaden, die sich gegen Landraub, Umweltzerstörung und den Abbau von Rohstoffen richteten. Am 23. Februar 2016 protestierten Mongolen in der Stadt Haliut gegen die Verwüstung ihrer Heimat. „Verteidigt die Rechte der Nomaden“, hieß es auf den Spruchbändern der Demonstranten. In der Stadt warfen Hirten der Verwaltung vor, sich illegal Land von Nomaden angeeignet zu haben. Der Landkonflikt in Haliut dauert bereits seit mehreren Jahren an. Als Nomaden aus der Region im November 2013 nach Peking reisten, um dort mit Petitionen auf das ihnen widerfahrene Unrecht aufmerksam zu machen, wurden sie von Sicherheitskräften aufgegriffen und wieder in ihre Heimatregion zurückgebracht (Radio Free Asia, 24.2.2016).

Im März 2016 blockierten mehr als 100 Nomaden im Bayanhuaa-Industriegebiet gegen die Plünderung von Rohstoffen und gegen die Verseuchung von Luft und Boden durch Bergbau und verarbeitende Industrie (Radio Free Asia, 21.3.2016). Die Demonstranten beklagten, dass sie ihre Schafe nicht mehr grasen lassen können, weil die Böden und Pflanzen verseucht sind. Wenn die Schafe das Wasser in den Pfützen und Gräben trinken würden, bekämen sie besonders lange Zähne, die sie am Kauen und der weiteren Nahrungsaufnahme hindern würden. Diese Tiere würden dann meist sterben. Die Demonstranten blockierten die Zufahrt zu Kohleminen sowie Kupfer- und Zinkminen. Sechs der Wortführer der Demonstranten wurden festgenommen. Nur der Menschenrechtler Erdenbaatar wird freigelassen, die weiteren fünf Mongolen (Tuvshin, Ganbaatar, Amarmend, Otgonbaatar, Munkhbaatar) müssen wegen angeblicher „Störung der öffentlichen Ordnung“ zehn Tage in Administrativhaft bleiben.

Im April 2016 wurde der Hirte Nasanulzei nahe der Stadt Arikunduleng festgenommen, nachdem er berichtet hatte, wie seine Schafe durch den Schadstoff-Ausstoß einer Aluminium-Hütte zu Tode kamen. Auch machte er die Rohstoff- verarbeitende Industrie für hohe Krebsraten sowie für die Verseuchung von Boden und Wasser in der Region Zaruud Banner verantwortlich (Radio Free Asia, 12.4.2016). Mehr als 300 Nomaden folgten seinem Protestaufruf und blockierten mehrere Tage lang die öffentlich kritisierte

Aluminium-Hütte. Die Polizei riegelte daraufhin alle Zufahrtstraßen zu dem Protestzug ab, um zu verhindern, dass weitere Mongolen sich dem Protest anschließen. Angesichts der um sich greifenden Proteste wird der Mobilfunkverkehr in Teilen der Region von den Behörden eingestellt. Vier Rechtsanwälte, die in die Region reisen, um die Demonstranten zu unterstützen, wurden von der Polizei angehalten und eingeschüchtert. So wollten die Behörden verhindern, dass die Demonstranten Rechtsbeistand von Personen ihres Vertrauens bekommen (Radio Free Asia, 18.4.2016). Zwei weitere Rechtsanwälte wurden von Polizisten verfolgt und konnten daher nicht zu den Demonstranten vordringen. Der Hirte Nasanulzei wurde später freigelassen. Auch der Nomade Erdan wurde von den Behörden nach einigen Tagen wieder freigelassen. Er hatte Fotos von den sterbenden Schafen über soziale Netzwerke versandt.

Seit dem 12. April 2016 fehlt jede Spur von dem mongolischen Aktivisten Siqinbilige. Er war an diesem Tag in der Stadt Tongliao City in Gewahrsam genommen worden. Er hatte am 7. April ein Video von toten Schafen ins Netz gestellt. Die nachfolgenden öffentlichen Proteste von Dutzenden Hirten schlug die Polizei brutal nieder und nahm Dutzende Demonstranten kurzzeitig fest (China Human Rights Briefing, China Human Rights Defenders Network, 17.5.2016).

Als auch in anderen Regionen der Inneren Mongolei die Freilassung der Inhaftierten gefordert wurde, kam es zu weiteren öffentlichen Protesten. So wurden im Bezirk Bayannur fünf Mongolen (die vier Frauen Othensu, 52 Jahre alt, Sarengawa, 60 Jahre alt, Wu Yanfang, 57 Jahre alt, Zhou Yuzhi, 68 Jahre alt und der 29 Jahre alte Mann Buurenzirgal) am 5. Mai 2016 von den Behörden in Gewahrsam genommen, weil sie gegen den Verlust ihrer Weiden protestiert hatten. Auch hatten sie die sofortige Freilassung der übrigen inhaftierten Mongolen verlangt.

28. Bergbau-Konflikte eskalieren in Tibet

Die Autonome Region Tibet (TAR) und die tibetischen Siedlungsgebiete in den angrenzenden chinesischen Provinzen sind ähnlich reich an Bodenschätzen wie Xinjiang/Ostturkestan und die Innere Mongolei. Geologen zählen dort mehr als 130 unterschiedliche Rohstoffe. Viele dieser Bodenschätze sind für die Volksrepublik von größter wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung. So gibt es große Vorkommen von Lithium, Molybdän und Gold, aber auch Silber, Kupfer, Eisenerz, Chrom, Zinn, Uran, Nickel und Platin, um nur einige der Rohstoffe zu nennen.

Abgebaut werden sie seit den 60er, 70er-Jahren, doch die Konflikte um die Erschließung neuer Bodenschatzvorkommen nahmen sowohl an Zahl als auch an Intensität in den

vergangenen Jahren deutlich zu. So wurden 23 größere Proteste gegen Bergbauprojekte in Tibet allein seit dem Jahr 2009 dokumentiert. Ein Großteil dieser Proteste findet in tibetischen Siedlungsgebieten und Präfekturen in den heutigen chinesisch geprägten Provinzen Gansu, Provinzen, Qinghai und Sichuan statt. Dort außerhalb der von China offiziell als Tibet anerkannten tibetischen Siedlungsgebiete liegen die bedeutendsten Rohstoffvorkommen.

Während in Xinjiang/Ostturkestan und der Inneren Mongolei vor allem fossile Energieträger abgebaut werden, um die preiswerte Energie unmittelbar vor Ort für die Herstellung von Stahl und Aluminium zu nutzen, gilt Tibet noch immer als klassische „Rohstoff-Kolonie“, in der Bodenschätze kaum weiter verarbeitet, sondern nur unmittelbar abgeschöpft und zu weiterverarbeitenden Industrie-Standorten im Osten Chinas transportiert werden.

Der enorme Rohstoffhunger von Chinas Industrie hat in den vergangenen Jahren die Zahl der Konflikte zwischen Minenbetreibern und tibetischen Anliegern stark steigen lassen. Die Konflikte eskalieren aber auch immer häufiger, weil die Eingriffe von Industrie und Lokalregierung in das sensible ökologische Gleichgewicht auf dem tibetischen Hochland immer spektakulärer und folgenreicher werden. Für die Tibeter sind dies keine guten Nachrichten, da ihr traditionelles Siedlungsgebiet zerstört wird und den traditionell dort lebenden Nomaden auch durch den Bergbau die Lebensgrundlage entzogen wird. Massive Verseuchung der Luft, des Bodens und des Wassers werden das Leben auf dem Dach der Welt tiefgreifend verändern. Umstrittene Staudämme werden gebaut, um Energie zu erzeugen, mit der die Rohstoffe später auch in Tibet verarbeitet werden können. Der Bergbau schürt vor allem die Marginalisierung der Tibeterinnen und Tibeter in ihrem eigenen Land. Denn zum Abtransport der Rohstoffe werden immer neue Eisenbahnlinien und Straßen gebaut, über die stetig neue Zuwanderer aus dem Osten Chinas kommen. So wird mittelfristig die demographische Struktur in Tibet geändert und die Tibeter werden zur Minderheit im eigenen Land. Dies ist seit Jahren eine der größten Sorgen des Dalai Lama, des geistlichen Oberhauptes der tibetischen Buddhisten, und realisiert sich nun aufgrund von Chinas Rohstoffpolitik schneller als je erwartet. Wie in den zwei großen anderen Autonomen Nationalitäten-Regionen zählen auch in Tibet die Nicht-Han-Chinesen zu den Verlierern dieser rasanten Entwicklung.

Chinas Machthabern kann dies nur Recht sein. Sie erreichen mit einer Maßnahme gleich mehrere Ziele. Einerseits verstärken sie ihren Einfluss in Tibet, sorgen für preiswerte und sichere Rohstoffe für die Industrie der Volksrepublik, für eine bessere Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft und machen deutliche Fortschritte bei der Sinisierung Tibets.

Sehr unerfreulich ist der Kontakt zwischen den meisten Investoren und den von den Projekten betroffenen tibetischen Gemeinschaften. Viele der Investoren sind eng personell mit der Regionalregierung oder mit den chinesischen Machthabern verbunden. Sie sehen die tibetischen Bewohner als lästige Überbleibsel eines überkommenen Systems, die es zu entsorgen gilt. So werden sie zunächst aufgefordert, aus dem Projektgebiet zu verschwinden. Wenn diese Strategie nicht erfolgreich ist, versucht der Investor die Tibeter zu überzeugen, dass er nur ihr Bestes will und ihnen „Entwicklung“ und Wohlstand bringt. Wenn auch diese Strategie nicht greift und die Tibeter weiter Widerstand leisten, dann versuchen die Investoren die Gemeinschaft mit finanziellen Anreizen zu locken und zu spalten. Wenn dies alles nicht ausreicht, um das Projekt voranzutreiben, dann erklärt man das Projekt als zum nationalen Wohl dringend erforderlich und schickt Polizei und Militär, um gewaltsam seinen Willen durchzusetzen und das Vorhaben zu realisieren. Mit Partizipation der Betroffenen in einer demokratischen Gesellschaft hat dies nichts gemeinsam!

Regelmäßig werden bei solchen Investitionen auch nationale chinesische Gesetze oder Vorgaben der Zentralregierung in Peking missachtet. Denn jede Regionalregierung ist darauf bedacht, möglichst hohe Zuwachsraten im Wirtschaftswachstum nach Peking melden zu können und den eigenen wirtschaftlichen Einfluss auf Staatsunternehmen oder Betriebe der Regionalregierung voll auszuschöpfen.

29. Tibeter protestieren gegen Bergbau – Eine Chronologie

1. Juni 2016: Die Bereitschaftspolizei löst gewaltsam einen Protest von Tibeterinnen und Tibetern in dem Dorf Khelpa im Bezirk Sangchu in der Provinz Gansu auf. Die Bewohner von acht umliegenden Dörfern protestieren gegen den Goldabbau am heiligen Berg Gong Ngon Lari. Sechs der Wortführer der Demonstranten werden geschlagen, ein Tibeter wird dabei so sehr verletzt, dass er in ein Krankenhaus eingeliefert werden muss. Die übrigen fünf Sprecher der Demonstranten werden zu einem Militär-Krankenhaus gebracht und am 5. Juni aus dem Hospital entlassen (Radio Free Asia, 6.6.2016).

31. Mai 2016: Mehr als 300 Tibeterinnen und Tibeter demonstrierten gegen den Goldbergbau an dem ihnen heiligen Berg Nyenchen Gong-ngon Lari im Nordosten Tibets. Das Bergwerk liegt in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kanlho in der Provinz Gansu (Voice of America, 31.5.2016). Die Demonstranten warfen den chinesischen Betreibern des Bergwerks auf Transparenten Arroganz, Respektlosigkeit und mangelnde Gesetzestreue vor. Seit 16 Jahren wird der begehrte Rohstoff an der heiligen Stätte der tibetischen Buddhisten bereits gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung abgebaut (Tibet Post International, 1.6.2016).

Die Tibeter feierten ihren Protest als Erfolg, weil sie erstmals gemeinsam in großer Zahl vor dem Bergwerk protestierten. Zuvor war es der Betreiberfirma immer gelungen, mit Geldzuwendungen und anderen Vorteilsgaben die lokale Bevölkerung in ihrem Widerstand zu spalten (Radio Free Asia, 31.5.2016). Seit Generationen wird der Berg von den Bewohnern der acht umliegenden Dörfer als heilige Stätte angesehen. Die Demonstranten wurden von der Bereitschaftspolizei eingekesselt, um ihre Identität festzustellen und sie einzuschüchtern.

Am 20. November 2012 hatte sich der 35 Jahre alte Tsering Dhondup am Eingang der Mine aus Protest selbst verbrannt. Nur sechs Tage später setzte sich am 26. November 2012 der 18 Jahre alte Konchok Tsering vor dem Bergwerk in Brand. Er wollte mit seiner Tat auf die durch den Bergbau in Tibet entstehenden Umweltprobleme aufmerksam machen. Die beiden tibetischen Demonstranten starben bei den Selbsttötungen. Seit dem Jahr 2009 haben sich 145 Tibeterinnen und Tibeter aus Protest gegen Chinas Herrschaft selbst verbrannt.

24. Mai 2016: Der Bürgermeister der Siedlung Akhori in der Tibetischen Autonomen Präfektur Ngaba in der Provinz Sichuan reicht eine Petition bei der Nationalen Entwicklungs- und Reform-Kommission (NDRC) ein, in der die Regierung aufgefordert wird, keinen Bergbau an einem heiligen Berg in der Nähe der Stadt zuzulassen. Das NDRC erklärt jedoch, es sei in dieser Angelegenheit nicht zuständig (Tibet Post International, 30.5.2016). Auf dem heiligen Berg befindet sich ein Waldgebiet, das seit Generationen von den Bewohnern der umliegenden Dörfer als heilig angesehen wird. Ohne jede Rücksprache oder Einbeziehung der Dorfbevölkerung genehmigten die Behörden den Bergbau an der heiligen Stätte der Buddhisten. Noch hat die Förderung von Rohstoffen nicht begonnen, doch immer wieder schicken die Bergwerksbetreiber Arbeitsteams in die Region, die sich fälschlich als Techniker einer Elektrizitätsgesellschaft ausgeben. Tatsächlich bereiten sie aber nicht den Bau von Trafohäusern vor, sondern legen Zufahrtstraßen für die Mine an.

Regelmäßig protestieren die Bürgerinnen und Bürger Akhoris gegen das Bergbau-Projekt. Am 20. Mai rückte die Bereitschaftspolizei mit einem Großaufgebot in die Stadt ein, um Demonstranten zu bedrängen und einzuschüchtern. Über Lautsprecher wurde der Bevölkerung mit „ernsten Konsequenzen“ gedroht, sollte sie die Arbeit der Regierung oder der Bergwerksgesellschaft behindern (Radio Free Asia, 27.5.2016). Am 28. März 2016 war der Streit mit der Polizei bei einer Protestaktion eskaliert. Es kam auch zu einem Handgemenge zwischen Polizisten und Demonstranten, bei dem 20 Gegner des Projekts geschlagen und verletzt wurden (Tibet Post International, 25.5.2016). Sieben

Demonstranten wurden bei der Protestaktion festgenommen und bis zu 30 Tage in Gewahrsam festgehalten.

4. Mai 2016: Mehr als 100 Tibeter aus fünf Dörfern schließen sich einem Protestzug gegen eine Lithium-Mine in dem Ort Dartsedo im Bezirk Minyak in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kardze in der Provinz Sichuan an (Radio Free Asia, 9.5.2016). Die Demonstranten halten tote Fische hoch, um auf der Verseuchung des Wassers und auf die schweren Umweltschäden aufmerksam zu machen. Sie berichten, Abraum und Abwässer seien von der Mine direkt in den nahegelegenen Lushu-Fluss eingeleitet worden. Auch blockieren sie eine Zufahrtstraße und fordern die Einstellung des Abbaus von Bodenschätzen. Nach massiven Protesten von Tibetern war die Produktion in dem Bergwerk bereits im Jahr 2005 und im Jahr 2013 zeitweilig unterbrochen worden (Radio Free Asia, 9.5.2016). Erst am 11. April 2016 war die Produktion in dem Bergwerk wieder aufgenommen worden (www.phayul.com., 10.5.2016).

Zwei Tage nach dem Protest der Dorfbewohner geben die Behörden nach und fordern am 6. Mai 2016 wegen ungelöster Umweltprobleme die zeitweilige Einstellung der Förderung (International Campaign for Tibet, 9.5.2016).

10. August 2015: Mit massiver Gewalt gehen Bereitschaftspolizisten gegen einen Protestzug älterer Tibeterinnen und Tibeter vor. Die Bewohner des Dorfes Seching in dem Autonomen Bezirk Yadzi Salar in der Provinz Qinghai protestieren gegen den Bau eines Staudamms, der voraussichtlich Bergbau-Projekte mit Energie beliefern soll. Die Polizei rückt sogleich mit 100 Polizisten an, greift die älteren Demonstranten auf, bringt sie an einen anderen Ort und schlägt auf die Kritiker ein. Mehrere Demonstranten werden festgenommen (Radio Free Asia, 18.8.2015). Als Dorfbewohner daraufhin am nächsten Tag den Bezirksvorsteher treffen wollen, um ihm ihre Bedenken zu schildern, lässt sich der Beamte verleugnen.

6. August 2015: Tibetische Demonstranten blockieren eine neue Straße, die durch das rohstoffreiche Gyama-Tal im Bezirk Medro Gungkar in der Autonomen Region Tibet führt (www.phayul.com, 6.8.2015). Das Tal ist reich an Vorkommen von Molybdän, Kupfer, Gold und Silber. Die lokalen Behörden behaupten, die neue Straße solle zu einem Staudamm führen.

2. April 2015: Zum Schutz ihres heiligen Berges Minee protestieren die Bewohner des Dorfes Awong in der Präfektur Chamdo im Osten der Autonomen Region Tibet gegen ein neues Entwicklungsprojekt der Lokalbehörden. Mal sprechen die Behörden von einem Bergwerksprojekt, mal heißt es, heiße Quellen sollten stärker für den Tourismus genutzt

werden. Als die Behörden ankündigen, dass eine Zugangsstraße zu dem heiligen Berg errichtet werden soll, protestieren die Dorfbewohner.

Eine Delegation von zehn Personen aus der Siedlung besucht daraufhin die lokale Verwaltung und äußert den Wunsch, mit dem Verwaltungschef zu reden. Er ist jedoch nicht zum Dialog mit ihnen bereit, sondern erklärt ihnen nur, wenn sie Geld benötigten, würden sie es bekommen. Die Delegation weigert sich aber, sich bestechen zu lassen. Der Verwaltungschef ruft daraufhin die Polizei, die die gesamte Delegation festnimmt. Bei einem Handgemenge werden zahlreiche Delegierte verletzt. Einige Tage später gibt es eine große Demonstration in dem Dorf, auf der die Freilassung der Inhaftierten gefordert wird. Die Polizei geht mit aller Härte gegen die Demonstranten vor (Voice of America, 1.5.2015).

Auch mehrere Geschäftsleute aus der Region werden von den Sicherheitsbehörden in Gewahrsam genommen, weil sie verlangt hatten, das Projekt einzustellen (Tibet Post International, 5.5.2015).

15.1.2015: In der an Eisenerz und Kupfer reichen Präfektur Tsojang im äußersten Nordosten der Provinz Qinghai protestieren Tibeter gegen die Ausweitung des gerade im Vorjahr aufgenommenen Rohstoffabbaus. Sie werfen den Behörden vor, Umweltgesichtspunkte vollkommen zu ignorieren. Im Vorjahr ist der ältere Tibeter Ugyen Kyab in dem Dorf Gongma festgenommen worden, weil er die Einstellung des Bergbaus gefordert hatte. „Wir lokalen Tibeter sind machtlos und können die Rohstoffförderung in unserer Region nicht alleine stoppen“, sagt einer seiner Mitstreiter. „Wir bitten um Hilfe von allen, die sich für den Schutz der Umwelt einsetzen“ (Radio Free Asia, 20.1.2015).

22. Oktober 2014: Nach monatelangen Auseinandersetzungen zwischen tibetischen Demonstranten, der Lokal- und Zentralregierung um die Einstellung des Bergbaus im Bezirk Dzatoe in der Tibetischen Autonomen Präfektur Yulshul in der Provinz Qinghai erreichen die Tibeter einen Sieg. Gegen den Widerstand der lokalen Behörden, die auf einer Fortführung der Rohstoffförderung bestanden, erreichen die tibetischen Demonstranten, dass ein großes Gebiet zwischen den Flüssen Drichu und Machu zum nationalen Schutzgebiet erklärt wird und die Grenzen dieser Schutzzone mit großen Stelen markiert werden.

Bis in die Hauptstadt Peking sind tibetische Demonstranten gereist, um auf den Streit um den Bergbau in ihrer Region aufmerksam zu machen und sich in einer Petition an die zentrale Staatsführung zu wenden. Die Petitionäre fordern ein entschiedeneres Vorgehen gegen Korruption auf lokaler Ebene, die die Plünderung der Ressourcen

begünstige (Radio Free Asia, 23.10.2014). Die lokalen Behörden hätten sich nicht an den Vorgaben der Zentralregierung orientiert, sondern systematisch die Förderung von Bodenschätzen auch unter Umgehung und Verletzung nationaler Vorschriften und Gesetze betrieben. So sei sogar eine von der Zentralregierung entsandte Untersuchungskommission gezielt getäuscht und an andere Standorte als vereinbart geführt worden, um die Fortführung des Bergbaus in der Region sicherzustellen (www.phayul.com, 11.11.2013).

Der Streit um die Rohstoffförderung war eskaliert, nachdem im August 2013 mehr als 4.000 Tibeterinnen und Tibeter gegen den Bergbau in Dzatoe protestiert hatten. Der große Protest hatte selbst international Aufmerksamkeit erregt. Die lokalen Behörden hatten dabei für immer mehr Eskalation gesorgt, weil sie hunderte Bereitschaftspolizisten gegen die Demonstranten aufmarschieren ließen und allen Kritikern offen mit „ernsten Maßnahmen“ drohten, sollten sie ihre Proteste nicht einstellen (www.phayul.com, 2.9.2013 / Radio Free Asia, 16.8.2013). Auch wurde den Bewohnern der Region jedes Betreten der Mine strengstens verboten (Tibet Post International, 23.9.2013). Vergeblich hatten die lokalen Behörden den Demonstranten im August 2013 ein Ultimatum gestellt, um weitere öffentliche Proteste zu verhindern (www.phayul.com, 18.8.2013).

23. September 2014: Rund 1.000 Bewohner des Dorfes Zibuk im Bezirk Maldro Gongkar in der Autonomen Region Tibet protestieren gegen die Verschmutzung von Flüssen durch den Abraum von Bergwerken und gegen die gesundheitlichen Folgen der Verseuchung der Umgebung von Bergwerken (Radio Free Asia, 1.10.2014).

5. August 2014: Mehr als 100 Tibeterinnen und Tibeter protestieren vor einer Kohle-Mine in dem Bezirk Nangchen in der Tibetischen Autonomen Präfektur Yulshul in der Provinz Qinghai. Sie tragen Plakate mit Zitaten von Staatspräsident Xi Jinping zur Bedeutung des Klimaschutzes (www.phayul.com, 9.8.2014). Bereits einen Tag zuvor hatten Proteste von Bergwerk-Kritikern in drei Dörfern in der Umgebung der Stadt Dampa begonnen. Auf Plakaten fordern die Bürgerinnen und Bürger Dompas ein Ende des Kohlebergbaus und einen besseren Schutz des nahe gelegenen Sanjiangyuan Naturschutzgebiets (Radio Free Asia, 7.8.2014). Ein anwesender Vertreter der Behörden verspricht, die Anliegen der Bergwerks-Gegner bei seinen Vorgesetzten anzusprechen. Nachdrücklich weisen die Demonstranten ihn darauf hin, dass das Verhalten der lokalen Behörden den Ankündigungen und offiziell verkündeten Plänen der chinesischen Regierung zum Klimaschutz widerspricht. Die Demonstranten sind trotz der Zusicherungen des Beamten nicht bereit, ihren Protest aufzugeben. So vereinbarten sie eine Dauer-Mahnwache, um die einzige Zufahrtstraße zu dem Bergwerk zu blockieren.

Jeden Tag kommen dazu Demonstranten aus einem anderen der fünf umliegenden Dörfer.

Seit dem Jahr 2000 wird in der Region vor allem Kohle abgebaut. Nicht zum ersten Mal protestierten die Tibeter in der Region gegen die katastrophalen Folgen des Kohlebergbaus. Als im Jahr 2009 viele Vögel auf mysteriöse Weise starben und Anlieger der Mine an den Folgen des Bergbaus schwer erkrankten, ordneten die Behörden eine zeitweise Schließung des Bergwerks an. Doch am 12. Juni 2014 hatten sie die Wiederaufnahme des Betriebes der Mine angekündigt. Den tibetischen Anwohnern, die nach ihren Erfahrungen mit dem Bergwerk nicht befragt wurden, erklärte man lapidar, sie müssten die Entscheidung der Behörden über die Wiedereröffnung des Bergwerks akzeptieren und unterstützen, da die Entscheidung auf der Ebene der Präfektur gefällt worden sei. Insbesondere sollten die Tibeter jeden öffentlichen Protest unterlassen, forderten die Vertreter der Behörden.

9. August 2014: Bei einem massiven Polizei-Einsatz gegen Demonstranten, die in der Stadt Tobgyal in der Präfektur Shigatse in der Autonomen Region Tibet gegen die Folgen des Bergbaus protestierten, wurden 13 Menschen verletzt. Die Sicherheitskräfte hatten das Feuer auf die Tibeter eröffnet (Radio Free Asia, 1.10.2014). Unter den durch Schüsse verletzten Demonstranten ist auch eine Schwangere. In der Region gibt es zahlreiche Gold- und Kupferminen. Bewohner der Stadt wollten ein Gespräch über die Folgen des Bergbaus mit dem zuständigen Parteisekretär führen. Als er sich weigerte, sie zu treffen, beschlossen sie, einen öffentlichen Protestzug durch die Stadt zu organisieren. Als die Polizisten das auf die Demonstranten zu schießen begannen, wurden sie von den Protestierenden mit Pflastersteinen beworfen.

Juli 2014: Sechs tibetische Demonstranten werden drei Jahre nach ihrem Protest gegen Bergbau zu Gefängnisstrafen bis zu zwölf Jahren verurteilt. Sie hatten im April 2011 in der Stadt Phondo im Bezirk Phenpo Lhundrup in der Autonomen Region Tibet an einer Demonstration gegen die Folgen der Rohstoffförderung in der Region protestiert. Die Haftstrafen wurden mit angeblichem „Separatismus“ begründet. Wegen ihrer vermeintlich maßgeblichen Rolle bei der Organisation des öffentlichen Protests werden Kunga und Pema zu je zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Elf Jahre Haft müssen Ngawang Yeshe, Choeying Woesser und Penpa verbüßen, während Pema Gyalpo mit acht Jahren Gefängnis bestraft wurde.

Im Bezirk Phenpo werden seit dem Jahr 2005 Rohstoffe gefördert. Die Arbeiten begannen in der Nähe des Dorfes Dhung. Damals wurden mehr als 400 Familien zwangsumgesiedelt, um den Betrieb der Mine zu gewährleisten. Im Jahr 2009 wurde dann die Förderung in dem Bergwerk Gyawodhong aufgenommen. Weitere 119 Häuser

von Tibetern wurden dafür zwangsweise geräumt (Tibet Post International, 4.8.2014). Mehrfach appellierten die in der Region lebenden Tibeter an die Behörden, die Förderung von Bodenschätzen angesichts der breiten Proteste der Bevölkerung und der weitreichenden Folgen des Bergbaus einzustellen. Doch die lokalen Behörden lehnten dies ab (www.phayul.com, 5.8.2014).

1. Juli 2014: Neun Tibeter werden festgenommen, als sie gegen die Verbreiterung einer Zufahrtsstraße zu einer Kupfermine im Dorf Mata in der Tibetischen Autonomen Präfektur Dechen in der Provinz Yunnan protestieren. Die Behörden hatten mehr als einhundert Bereitschaftspolizisten angefordert, um Dutzende Demonstranten an einer Behinderung der Bauarbeiten zu hindern. Mit der Verbreiterung der Straße sollte der Abtransport des geförderten Kupfers erleichtert werden (www.phayul.com, 2.7.2014). Die Polizisten gehen sehr gewalttätig gegen die Demonstranten vor, zahlreiche protestierende Tibeter werden verletzt. Der Anführer des Bautrupps droht Demonstranten sogar mit dem Tod, wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben würden. Am 30. Juni 2014 hatten bereits Tibeterinnen aus den umliegenden Dörfern einen Protestmarsch zu dem Bergwerk organisiert und in Sprechchören die Stilllegung der Mine gefordert (Radio Free Asia, 2.7.2014). Die chinesische Huicheng Minerals Company hat den Berg Ganglha, der von den tibetischen Bewohnern der umliegenden Dörfer als heilige Stätte verehrt wird, schon ausgehöhlt und massiv zerstört. Giftiger Abraum aus der Kupfer-Förderung wird überall in der Umgebung des Dorfes Mata gelagert (Radio Free Asia, 2.7.2014).

6./7. Juni 2014: In dem Dorf Karsel im Bezirk Chabcha in der Tibetischen Autonomen Präfektur Tsolho in der Provinz Qinghai protestieren Tibeterinnen und Tibeter gegen einen Steinbruch, in dem Marmor gewonnen wird. Der Marmor wird dort bereits seit 1989 abgebaut. Doch in diesem Jahr ist dafür die Lizenz abgelaufen und der Steinbruch wird illegal weiterbetrieben. Dorfbewohner fordern mit einem Protestmarsch seine endgültige Stilllegung, denn der fortgesetzte Marmorabbau droht eine heilige Stätte zu entweihen (www.phayul.com, 19.6.2014). Bereitschaftspolizisten sichern das Gelände und gehen gegen die Demonstranten vor. 27 Demonstranten werden festgenommen, vier von ihnen kommen kurze Zeit später wieder frei (www.phayul.com, 4.7.2014). 23 Festgesetzte werden mehrere Monate in Gewahrsam gehalten. Unter ihnen befinden sich auch die beiden Dorfältesten, Barma und Trothar. Am 28. Oktober 2014 wird schließlich Donho, der letzte der Inhaftierten, aus der Haft entlassen. Er galt als Wortführer der Demonstranten und wurde mehr als fünf Monate lang eingesperrt (www.phayul.com, 18.11.2014).

5. März 2014: Tibeterinnen und Tibeter aus dem Dorf Lhatok in der Präfektur Chamdo in der Autonomen Region Tibet verfassen einen Protestbrief an die chinesische

Zentralregierung, die Präfektur und die Regionalregierung und verlangen einen Stopp der geplanten Rohstoffförderung in ihrer Region. Die Behörden hatten zuvor bereits in den Jahren 2003, 2006 und 2013 versucht, mit der Ausbeutung von Bodenschätzen zu beginnen, waren jedoch immer wieder am Widerstand der lokalen Bevölkerung gescheitert. Vergeblich war den betroffenen Tibetern finanzielle Entschädigung für den Verlust ihres Landes angeboten worden (Radio Free Asia, 13.5.2014).

Wenige Tage nach der Versendung des Protestbriefes werden 30 Unterzeichner des Schreibens festgenommen. Drei Wochen lang werden sie im Gewahrsam unter unmenschlichen Haftbedingungen festgehalten. So bekommen die Inhaftierten kaum ausreichend zu essen. Vertreter der lokalen Behörden fordern die Dorfbewohner sowie die umliegenden buddhistischen Klöster auf, den Rohstoffabbau nicht länger zu blockieren. Allen Demonstranten wird von den Behörden mit „ernsten Konsequenzen“ gedroht, sollten sie weiterhin öffentlich protestieren (www.phayul.com, 14.5.2014). Auch werden 500 Bereitschaftspolizisten in die kleine Siedlung verlegt, um jeden Protest gegen die geplante Rohstoffförderung systematisch zu unterdrücken.

Trotz der massiven Einschüchterungsversuche protestieren am 10. Mai 2014 erneut mehr als 300 Tibeter gegen das geplante Bergwerk. Im benachbarten Bezirk Dzogang stürzt sich der 32 Jahre alte Tibeter Phakpa Gyaltsen aus Protest gegen die katastrophalen Folgen des Bergbaus vom höchsten Gebäude der Stadt (www.phayul.com, 8.5.2014). Der Selbstmörder hinterlässt eine schwangere Ehefrau und drei Kinder. Fünf Tage später verhaften Sicherheitskräfte seinen Onkel. Was ihm konkret vorgeworfen wird, ist nicht bekannt. In Tibet kommt es immer wieder vor, dass nach Selbsttötungen Freunde oder Familienangehörige des Toten festgenommen werden. Ihnen wird oft vorgeworfen, von den Selbstmord-Absichten Kenntnis gehabt zu haben und trotzdem die Selbsttötung nicht verhindert zu haben. Der nun festgenommene Onkel Jampa Choephel hatte sich nach dem Selbstmord um die Kinder des Verstorbenen gekümmert (www.phayul.com, 21.5.2014).

28. April 2014: Rund 20 junge Männer werden bei einem Protest gegen Bergbau im Bezirk Dzogang in der Präfektur Chamdo im Osten der Autonomen Region Tibet festgenommen. Nach Protesten der lokalen Bevölkerung gegen die Festnahme werden die Inhaftierten nach kurzer Zeit wieder freigelassen. In dem Bezirk gibt es zahlreiche neue Bergwerke, in denen Gold, Silber, Eisenerz und Molybdän geschürft werden. Die öffentlichen Proteste gegen die Rohstoffförderung in der Region begannen im April 2014.

16. März 2014: Hunderte Tibeterinnen und Tibeter protestieren im Bezirk Sangchu in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kanlho in der Provinz Gansu gegen den Bau neuer

Zufahrtsstraßen zu Bergwerken. Allein in der Umgebung der Stadt Tsayue bauen 15 chinesische Unternehmen Gold ab. Zwei Tage lang protestieren die Tibeter gegen die massiven Eingriffe in das ökologische Gleichgewicht durch neue Bergwerke und die dafür erforderliche Transport-Infrastruktur (Radio Free Asia, 22.3.2014). Einige der Demonstranten werden festgenommen.

Kurz zuvor protestierten Tibeter in der nahe gelegenen Stadt Hortsang gegen die Verseuchung der Umwelt durch ein Zementwerk. Vor allem die Fauna leide massiv unter den Folgen von Luftverschmutzung, die von dem Werk verursacht wird. Vögel und Wildtiere würden in großer Zahl sterben, berichten in der Region lebende Tibeterinnen und Tibeter.

24. Mai 2013: Mehr als 4.500 Tibeterinnen und Tibeter protestieren auf einer Großveranstaltung in der Stadt Dathang im Bezirk Driru in der Autonomen Region Tibet gegen die Zerstörung des heiligen Berges Lhachen Naglha Dzambha durch chinesische Bergbau-Konzerne. Die lokalen Behörden sprechen sich für eine Fortführung der Rohstoffförderung aus, die für die „Entwicklung Tibets“ von größter Bedeutung sei (www.phayul.com, 29.5.2013).

29. März 2013: 83 Bergleute sterben bei einem Erdbeben in der Gyama Kupfer-Mine im Gyama-Tal in der Nähe der tibetischen Hauptstadt Lhasa in der Autonomen Region Tibet. Unter den Toten befinden sich auch zwei Tibeter, alle übrigen Toten waren zugewanderte Han-Chinesen, die als Bergleute arbeiteten. Die Umweltschutzabteilung der tibetischen Administration (Exilregierung) vermutet, dass der Erdbeben Folge der massiven Rohstoffförderung in der Region war (The Tibet Post International, 10.4.2013).

November 2012: In der Stadt Amchok in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kanlho in der Provinz Gansu begeht der 34 Jahre alte Tibeter Tsering Dhoondup am 20. November vor den Toren eines Bergwerks Selbstmord, um gegen die katastrophalen Folgen des Bergbaus in Tibet zu protestieren. Nur sechs Tage später verbrennt sich der 18 Jahre alte Kunchok Tsering an gleicher Stelle selbst, um so gegen den Raubbau an Tibets Natur und Umwelt zu protestieren.

Oktober 2012: Seit 28 Jahren fördern chinesische Unternehmen Kohle in der Nähe des Dorfes Tsetar im Bezirk Kangtsa in der Tibetischen Autonomen Präfektur Tsochang in der Provinz Qinghai. Bewohnern des Dorfes ist es strikt verboten, sich dem Bergwerk zu nähern oder Fotos von der Rohstoffförderung zu machen (The Tibet Post International, 4.10.2012).

16. August 2012: Bei einer Demonstration von mehr als eintausend Tibetern gegen chinesische Bergbau-Unternehmen und ihre Rohstoffförderung im Bezirk Markham in der Präfektur Chamdo in der Autonomen Region Tibet wird ein Tibeter von Sicherheitskräften erschossen. Die Tibeterinnen und Tibeter hatten vor dem Eingangstor des Bergwerks demonstriert, als Sicherheitskräfte Tränengas und scharfe Munition einsetzten, um den Protest zu zerschlagen und die Demonstranten zurückzudrängen (www.phayul.com, 16.8.2012). Sechs tibetische Demonstranten (Kelsan Yudron, Phuntsog Nyima, Atsong, Dawa, Jamyang Wangmo) wurden festgenommen (www.phayul.com, 29.5.2013).

August 2012: Tibetische Nomaden schützen den heiligen Berg Dringye Ngo Sorma im Bezirk Gade in der Tibetischen Autonomen Präfektur Golog in der Provinz Qinghai mit Protestaktionen gegen ein geplantes Bergbauprojekt (The Tibet Post International, 31.8.2012). Die Nomaden sehen den Berg als göttlich und als Beschützer ihres Dorfes und ihrer Herden an. Wer die Ruhe des Berges zum Beispiel durch Bergbau stört, zeigt nach Ansicht der tibetischen Nomaden keinen Respekt gegenüber den Göttern und riskiert, sie zu verärgern.

22. November 2010: In der Stadt Tamo im Bezirk Shigatse in der Autonomen Region Tibet gehen Polizisten gegen einen Demonstrationszug von Mönchen und buddhistischen Laien vor, die gegen den Abbau von Bodenschätzen protestieren. Mindestens fünf Mönche (Jamyang Tsering, Rigzin Pema, Jamyang Rigsang, Khenpo Kelsang, Tsewang Dorje) aus dem Kloster Lingka und weitere zwölf Tibeter werden festgenommen (The Tibet Post International, 12.2.2011).

17. August 2010: Mindestens ein tibetischer Demonstrant wird von Sicherheitskräften bei einem Protest gegen Bergbau vor einem Regierungsgebäude im Bezirk Palyul in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kardze in der Provinz Sichuan erschossen. Die Demonstranten wollten den Behörden eine Petition übergeben, in der sie die Einstellung der Rohstoffförderung verlangten. Die Demonstranten hielten sich mehrere Tage lang vor dem Verwaltungsgebäude auf, bevor die Polizei auf Anordnung der Behörden den Platz gewaltsam räumen ließ. Einige Augenzeugen berichten von drei weiteren Todesfällen bei der Räumung des Geländes.

5. Juni 2010: Tibetische Bewohner des Dorfes Sogchen im Bezirk Namling in der Präfektur Shigatse in der Autonomen Region Tibet protestieren gegen die Rohstoffförderung in ihrer Region. Die Bereitschaftspolizei geht gewaltsam gegen den friedlichen Protest vor und verhaftet 30 Demonstranten (The Tibet Post International, 12.2.2011).

Die Menschenrechtsorganisation *Tibet Watch* stellt in ihrem im Januar 2015 veröffentlichten Report „Environmental Protests on the Tibetan Plateau“ fest, dass die Zerstörung von Umwelt und Natur immer häufiger im Zentrum öffentlicher Proteste in allen tibetischen Siedlungsgebieten steht. Trotz eines öffentlich zur Schau gestellten wachsenden Umweltbewusstseins der regionalen und nationalen Regierung, gehen chinesische Sicherheitsbehörden bei Umweltprotesten mit ähnlicher Härte gegen Tibeterinnen und Tibeter vor wie Demonstrationen gegen die Verweigerung der Meinungs- und Religionsfreiheit.

Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung der Rohstoffe in Tibet gehen Experten, wie der in Australien lebende Tibet-Kenner Gabriel Lafitte, von einer immer größeren Rolle von Umweltfragen in der Menschenrechtsdiskussion um Tibet aus (Gabriel Lafitte, *Spoiling Tibet, China and resource nationalism on the roof of the world*, London 2013, S. 4 ff.).